

BÜCHER

Österreichische Wirtschafts- geschichte

Rezension von: Felix Butschek,
Österreichische Wirtschaftsgeschichte.
Von der Antike bis zur Gegenwart,
Böhlau, Wien – Köln – Graz 2011,
616 Seiten, € 49.

Angesichts der enormen Fülle von Detailstudien zu allen Phasen und Aspekten der österreichischen Wirtschaftsgeschichte bedarf es großer Courage und gestalterischer Kraft, ein Überblickswerk, das von der Antike bis in die Gegenwart reicht, zu schaffen. Daher hält sich die Anzahl derartig breit angelegter Darstellungen durchaus in Grenzen; man denke etwa an die Wirtschaftsgeschichte von Tremel¹ (1969) und vor allem an den Band „Ökonomie und Politik“ (1995) von Sandgruber.² Auf Teilaspekte fokussiert sind z. B. die Sozialgeschichte Österreichs von Bruckmüller (2001)³ und die von 2003 bis 2005 erschienene dreibändige österreichische Industriegeschichte.⁴ Das 19. Jahrhundert analysieren Bücher von Good (1986)⁵ und Komlos (1986),⁶ das 19. und 20. Jahrhundert behandelt ein Band von Eigner und Helige (1999),⁷ und für das 20. Jahrhundert liegen u. a. ein früheres Werk von Butschek (1985),⁸ eine Gesellschaftsgeschichte von Hanisch (1994)⁹ und eine Politik- und Wirtschaftsgeschichte von Berger (2007)¹⁰ vor.

Nunmehr hat Felix Butschek einen voluminösen Band vorgelegt, in dem er

auf 529 Textseiten die „Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart“ darstellt. Weitere etwa 90 Seiten umfassen die Anmerkungen und ein materialreicher statistischer Anhang. Angesichts mehrerer Publikationen, die der Autor während der vergangenen drei Jahrzehnte zu Teilbereichen der österreichischen Wirtschaftsgeschichte veröffentlichte, kann das Buch gleichsam als die krönende „*summa*“ seiner Arbeiten zu dem Thema¹¹ gelesen werden.

Vom Gesamttext sind vier Seiten der Darlegung der theoretischen Basis gewidmet, auf 16 Seiten wird der „entwicklungsgeschichtliche Hintergrund“ präsentiert, ehe auf etwa 160 Seiten die Wirtschaftsgeschichte des Gebietes der heutigen Republik Österreich von der Völkerwanderungszeit bis zum Ersten Weltkrieg und auf weiteren knapp 350 Seiten die weitere Entwicklung bis zur Gegenwart behandelt wird. Die Darstellung wird umso detaillierter, je mehr sie sich der Gegenwart nähert.

Um die große Stofffülle bewältigen zu können, ist ein klares Gliederungsprinzip erforderlich. Butschek wählt einen institutionenökonomischen Zugang, den er einleitend knapp darlegt (S. 3-6). Die Neue Institutionenökonomik baut auf der neoklassischen Wirtschaftstheorie auf, bietet jedoch wesentliche Erweiterungen dieses Ansatzes.

Während die Neoklassik von einem Wohlfahrtsmaximum im Gleichgewicht dank rationalen Verhaltens im Wege von Tauschakten voll informierter Akteure bei subjektiven Bewertungen gemäß gegebenen Nutzenfunktionen

ausgeht, wobei eindeutige, unstrittige Eigentums- und Vertragsverhältnisse angenommen werden, berücksichtigt die Neue Institutionenökonomik Effizienzdefizite der Tauschwirtschaft in Form von sogenannten Transaktionskosten, die eine Abweichung vom neoklassischen Wohlfahrtsoptimum nach unten bewirken.

Wie gravierend der Abstand zum theoretischen Wohlfahrtsoptimum ausfällt, hängt von den gesellschaftlichen Institutionen (informelle Normen und formelle Regeln) ab. Durch diese Gesichtspunkte werden kulturelle Aspekte sowie Fragen der Gesetzgebung und -durchsetzung in die Analyse der Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit von Volkswirtschaften mit einbezogen. Die Grundannahme, je besser die Kultur (informelle Normen) und die formalen Regeln Sicherheit für möglichst reibungsarme Markttransaktionen gewährleisten, desto besser werden *ceteris paribus* die aktuellen Chancen für wohlfahrtsfördernde Transaktionen sowie die Entwicklungsmöglichkeiten einer Ökonomie über die Zeit ausgeschöpft werden können. Butschek expliziert, dass daher in der Arbeit „der institutionellen Entwicklung stets größte Aufmerksamkeit gewidmet wird“ (S. 6).

Mittels eben dieser Ansätze wurden in den vergangenen Jahrzehnten umfangreiche Studien zur Frage „Why Europe“¹² produziert, also warum gerade in Europa das moderne Wirtschaftswachstum eingesetzt habe. Auf den Seiten 7 bis 22 gibt Butschek einen knappen Überblick, wobei er die Herausbildung des europäischen Individualismus¹, Spezifika des europäischen Mittelalters im globalen Vergleich und Konstellationen während des Merkantilismus als Voraussetzungen für den „Durchbruch“ um 1800 zur

Industrialisierung hervorhebt. Dem stellt er knappe institutionalistische Erklärungen der Stagnation im arabischen Raum sowie erfolgreiche Aufholprozesse in Asien gegenüber.

In den Ausführungen zur Wirtschaftsgeschichte im Bereich des Gebiets der heutigen Republik Österreich bis zum Ersten Weltkrieg gibt der Autor ab der karolingischen Epoche eine durchgehende Darstellung, nachdem er zuvor kurz u. a. auf die Hallstatt-Zeit und die Ära des römischen Imperiums eingeht. Als Konstruktionsprinzip ist zu erkennen, dass auf der Grundlage ausgewählter Handbuchliteratur sowie fallweise zusätzlicher Spezialstudien ein Überblick gemäß dem neoinstitutionellen Ansatz erstellt wird. Butschek arbeitet demgemäß die Voraussetzungen für agrarische, gewerbliche und kommerzielle Entwicklungen im Rahmen des europäischen Feudalsystems und des Städtewesens heraus – Faktoren, die kumulativen Fortschritten in Handel und Technik förderlich waren, wobei sich mittelalterliche Privilegien und Ordnungen als ein für die Zeit adäquates Institutionensystem erwiesen. Somit konnten sich Innovationen in den Bereichen Landwirtschaft, Gewerbe, Bergbau, Handel und Geldwesen durchsetzen, die ihrerseits wesentliche Voraussetzungen für weitere Fortschritte darstellten. Auf die demografische Krise des Spätmittelalters, die für Autoren wie North und Jones als ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung in Europa gilt, geht Butschek nur extrem knapp ein (S. 41).

In der frühen Neuzeit wirkten dann förderliche und retardierende institutionelle Entwicklungen gegeneinander, z. B. Auseinandersetzungen zwischen Städten, Ständen und Territorialherr-

schern sowie konfessionelle Konflikte (Rekatholisierung), die u. a. zu einer Zurückdrängung der Autonomie der Städte und einer neuen Loyalität des Adels gegenüber der Krone führten, und auch das Bürgertum begann sich am Adel zu orientieren (S. 53f). Insbesondere beeinträchtigten die Kriege die ökonomische Entwicklung (z. B. Dreißigjähriger Krieg, Türkenkriege).

Als Maria Theresia 1740 die Nachfolge Karls VI. antrat, erwies sich in mehreren Kriegen die Militär- und Staatsorganisation nicht mehr als zeitgemäß, und es folgten umfangreiche Reformbemühungen im Sinne merkantilistischer Politik, die nach der Regierungsbeteiligung von Joseph II. (ab 1765) auch mehr liberale Elemente enthielten. Interne Zollgrenzen wurden im Sinne des „Universalkommerzes“ abgebaut, das Gewerbeswesen erst durch die Verleihung von Privilegien, später durch weiter reichende Liberalisierungen gelockert, und 1774 wurde die Schulpflicht eingeführt.

Die erste Reformphase um die Jahrhundertmitte war noch im Sinne einer Intensivierung der merkantilistischen Ansätze von Karl VI. angelegt und beinhaltete auch durchaus dysfunktionale Elemente, während die zweite Phase (unter der [Mit-]Regentschaft von Joseph II.) die Rahmenbedingungen für die weitere ökonomische Modernisierung zweifellos verbesserte. Schon in der Ära von Maria Theresia experimentierte man mit neuen institutionellen Ansätzen des Bank-, Börsen- und Geldwesens, wenngleich oft ohne nachhaltigen Erfolg. Die Landwirtschaft entwickelte sich im Rahmen physiokratischer Reformansätze graduell weiter, und im Gewerbe vermehrten sich Strukturen jenseits der Zunftreglements im Manufaktur- und Ver-

lagswesen, wodurch sich auch Institutionen des Arbeitsmarktes herausbildeten (S. 80-90). So erzielte das (ökonomische) Regime durchaus Wachstumserfolge, der Abstand zu den führenden westeuropäischen Regionen blieb jedoch bestehen.

So wie Butschek im Kapitel zum „entwicklungsgeschichtlichen Hintergrund“ allgemein von der Industrialisierung als „Durchbruch“ ausgeht, konstatiert er auch für Österreich, dass mit dem Erfolg der ersten Textilfabrik im Jahr 1801 (Pottendorfer Spinnerei) „der Damm gebrochen zu sein“ schien, wenngleich durch Rückschläge infolge der Napoleonischen Kriege, des „Staatsbankrotts“ von 1811 und ungünstiger Ernten die Industrialisierung erst in den späten 1820er-Jahren wiederum an Dynamik gewann.

Für die Periode vor 1848 zeichnet Butschek konzis das Bild widersprüchlicher Entwicklungen. Die Ausführungen zur monetären Geschichte (S. 107-110) hätten um eine Erwähnung der erfolgreichen Einlösung der Antizipations- bzw. Einlösescheine nach der Gründung der Nationalbank ergänzt werden können, was der Darstellung von Geldmengen- und Inflationsentwicklung mehr Plausibilität verliehen hätte. Als förderliche institutionelle Entwicklungen der Zeit werden u. a. die Gründung des Wiener polytechnischen Instituts (heute Technische Universität Wien), der montanistischen Hochschule in Vordernberg (später Leoben), der Ausbau der Universität Wien und die Gründung von Gewerbevereinen hervorgehoben. Zu Recht wird vom Autor der traditionell oft negativen Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung während des Biedermeier eine differenziertere Sichtweise gegenübergestellt, die den Beginn der

nachhaltigen Industrialisierung entsprechend würdigt.

In den Ausführungen zur Zeit zwischen 1848 und 1918 hebt Butschek u. a. die liberalen Reformen – ab der neo-absolutistischen Ära – sowie die antiliberalen Entwicklungen in den Phasen konservativer Regierungen und ab der Etablierung der Massenparteien hervor. Daraus resultierten institutionelle Rahmenbedingungen, die zwar eine Weiterentwicklung moderner Wirtschaftsbereiche (z. B. Elektroindustrie, Finanzwesen etc.) gestatteten, jedoch auch behinderten. Das Gebiet der heutigen Republik Österreich gehörte nicht zu den besonders dynamischen Wachstumszentren Europas, angesichts langsam steigender Reallöhne und ökonomischer Modernisierungserfolge spricht der Autor aber vom „silbernen Zeitalter“, das durch den Ersten Weltkrieg abrupt beendet wurde.

Die Ausführungen zur Zwischenkriegszeit (S. 182-250) leitet Butschek wie folgt ein: „Das Ende des Ersten Weltkriegs verursachte im heutigen Bundesgebiet einen dramatischen institutionellen Bruch, der nahezu alle Lebensbereiche erfasste.“ Danach erläutert er die ökonomischen Konsequenzen der Aufteilung des zuvor integrierten Marktes der Habsburgermonarchie und der Kriegswirtschaft, schildert die Nachkriegskrise, Hyperinflation und Genfer Sanierung, die Strukturprobleme des Bankensektors sowie die Errungenschaften und Kostenbelastungen der Sozialpolitik. Des Weiteren geht er u. a. auf die Gründung des Wirtschaftsforschungsinstituts, die Anfänge einer an gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen orientierten Gewerkschaftspolitik sowie auf präkeynesianische Konzepte ab den beginnenden 1930er-Jahren ein, die für die Praxis je-

doch irrelevant blieben – Aspekte, für die der Autor ein ausgewiesener Experte ist.

Die Wirtschaftskrise ab 1929 wurde in Österreich mit dem Sanierungsbedarf der Creditanstalt ab 1931 in ihrer vollen Tragweite fühlbar. Die verfügbaren staatlichen Mittel mussten weitgehend für die Bankensanierung aufgewendet werden, 1932 erhöhte sich die Auslandsverschuldung erneut durch eine international garantierte Anleihe (Lausanner Protokoll). Somit blieben der Politik – ab 1933/34 wurde autoritär regiert – nur wenig Spielräume für fiskalische und geldpolitische Maßnahmen. Sehr treffend resümiert Butschek, dass die wirtschaftliche Entwicklung die gesamte Zwischenkriegszeit hindurch durch niedrige Investitionsquoten und schwierige internationale Rahmenbedingungen zu wenig dynamisch blieb, um für Vollbeschäftigung zu sorgen. Die Grundperspektive seiner Analyse ist dabei von der deutschen Borchardt-Kontroverse beeinflusst. Im Sinne dieses Diskurses diagnostiziert der Autor, dass auch in Österreich damals keine relevanten Handlungsspielräume für eine aktivere Fiskal- und Geldpolitik bestanden haben, die auf einen fühlbar dynamischeren Wachstumspfad hätte führen können.

Gänzlich außer Acht lässt er hingegen eine Erklärungsstrang, der z. B. von Rothschild, Sandgruber und Senft¹³ aufgegriffen wurde – dass nämlich die antimoderne, rückwärtsorientiert-antikapitalistische Politik der Regierungen sich (insbesondere ab 1934) durch explizite Reglements (z. B. Agrar- und Gewerbebereich) und bürokratische Schikanen hinderlich auf die Wachstumspotenziale der Marktwirtschaft ausgewirkt haben, die in ei-

nem freieren Umfeld potenziell für mehr Dynamik gesorgt hätten. Diese Art von Wachstumsbremse hätte ohne jegliche finanzielle Kosten, durch Deregulierung statt zünftlerischer Klientelpolitik, gelockert werden können.

Das knappe Kapitel zur Wirtschaftsgeschichte des österreichischen Gebiets während der NS-Herrschaft¹⁴ (S. 251-264) beginnt mit den Überlegungen der Bundesregierung nach 1945 über allfällige Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland, nähert sich der Thematik somit in der Perspektive der „Opferthese“ an. Wenngleich die „Alliierten schon 1946 zu erkennen gaben, dass sie nicht bereit waren, substanzielle finanzielle Forderungen Österreichs gegenüber Deutschland zu unterstützen, versuchte die Bundesregierung, sämtliche Schäden die dem Land durch die Okkupation entstanden waren, zusammenzufassen“ (S. 251).

Das Kapitel ist darauf fokussiert, kurz- und längerfristige ökonomische Effekte der NS-Ära für die österreichische Volkswirtschaft darzulegen: Boom bis 1939, Investitionen im Rahmen der Kriegswirtschaft und Zerstörungen während der Spätphase des Krieges.

In einem Absatz wird auf den NS-Terror eingegangen (S. 260): Politische Gegner des Regimes „verschwanden in Konzentrationslagern“, „Hauptleidtragende des Nationalsozialismus blieben jüdische Staatsbürger. Sie verloren ihre ökonomische Existenz, wurden unter entwürdigenden Bedingungen und praktisch völlig mittellos aus dem Land getrieben. Gelang ihnen die Flucht nicht, dann endeten sie in Konzentrationslagern. Österreich hat den damit verbundenen ungeheuren kulturellen Verlust nie gänzlich ver-

wunden.“ Das Schicksal der Opfer wird in sprachlicher Form, die passives Erleiden ausdrückt, angesprochen, die aktive Seite, jene der Täter, bleibt unausgeführt. Aus institutioneller Perspektive hätte auf zentrale Rechte, die für eine Marktwirtschaft konstituierend sind, wie z. B. das Recht auf Privateigentum, Recht auf die eigene Arbeitskraft, Recht auf Unversehrtheit von Leib und Leben, samt und sonders Rechte, die im NS-Staat auf legislativer und individueller Ebene massenhaft gebrochen wurden, eingegangen werden müssen. Deren Abschaffung bzw. Missachtung hat zweifellos den radikalsten institutionellen Bruch in der Geschichte Deutschlands und des Gebiets der heutigen Republik Österreich bedeutet. Über die Verbrechen im Rahmen des Holocaust sowie über Umfang und Methoden des massenhaften gewaltsamen Vermögensentzuges wurden in jüngster Zeit umfangreiche neue Forschungsergebnisse erarbeitet (insbesondere von der Österreichischen Historikerkommission¹⁵), die von Butschek nicht einmal erwähnt werden.

Auf elaborierte eigene Vorarbeiten kann der Autor bei der Darstellung von der Wiederaufbauära bis in das „Goldene Zeitalter“ zurückgreifen. Als Erfolgsfaktor hebt er das konstruktivere institutionelle Umfeld nach 1945 heraus, das sich nicht zuletzt in der Herausbildung der Sozialpartnerschaft manifestierte. Neuere Forschungsergebnisse (u. a. von Seidel¹⁶) haben überdies gezeigt, dass die Besatzungsmächte per Saldo positiv zur Entwicklung beigetragen haben und dass die materiellen Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges zeitnah überschätzt worden sind. Der Kapitalstock wies 1945 (dank Investitionen und Zwangs-

arbeit während der NS-Ära) trotz Kriegsschäden ungefähr das gleiche Volumen wie 1937 auf. Allerdings brachten Beschädigungen und akute Engpässe die Produktion vorerst weitgehend zum Erliegen, ehe ab 1947 Rekordwachstumsergebnisse erzielt werden konnten (ab 1948 auch dank des ERP-Plans). Nach 1955 folgten dann die Jahre des „Wirtschaftswunders“.

Der Übergang von den stabilen hohen Wachstumsraten des „Goldenen Zeitalters“ zur „Wellblechkonjunktur“ mit dem Ende der Vollbeschäftigung wird im Kontext der beiden Erdölshocks der 1970er-Jahre erläutert, aber auch einer geänderten Institutionenstruktur sowie veränderter Werthaltungen einer neuen Generation zugeschrieben, die seit 1968 an Stellenwert gewann.

Der „Austrokeynesianismus“ wird sachlich und differenziert beurteilt: Hartwährungspolitik und zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften stützten die Wettbewerbsfähigkeit, aber zunehmende Budgetdefizite begannen langfristig die Stabilität zu gefährden. Mit dieser Mahnung endete Butscheks Wirtschaftsgeschichte Österreichs aus dem Jahr 1985. Im hier besprochenen, umfassenderen Werk wird darüber hinaus nicht nur die Entstehungsgeschichte der verstaatlichten Industrie, sondern auch deren Krise und die nachfolgende Privatisierung kompetent und wohl abgewogen analysiert. Butschek versteht es, ihre Beiträge während des Wiederaufbaus, konjunkturelle Herausforderungen ab den 1970er-Jahren, strukturell-institutionelle Probleme, Budgetbelastungen der 1980er- und 1990er-Jahre, die Verkaufserfolge seit den späten 1980er-Jahren und den wertvollen Beitrag der hoch entwickelten Nachfolgeunterneh-

men für die gegenwärtige Industriestruktur darzulegen.

Die Abschnitte 17.4 bis 21 befassen sich mit aktuellen Entwicklungen seit den späten 1980ern. Bedeutende Themen sind die Impulse durch den EU-Beitritt, die Reformprozesse in den vormals staatssozialistischen Staaten, wobei zu Recht auf die oft engstirnige Grundhaltung, z. B. bei ökologischen Partikularinteressen, hingewiesen wird.

Die „Ära Schüssel“ erfährt eine ambivalente Beurteilung. Positive Erwähnung finden die Bemühungen um die Stabilisierung des Pensionssystems, es werden aber auch unkonstruktive Belastungen des sozialpartnerschaftlichen Gefüges (tw. verfassungswidrige Maßnahmen im Sozialversicherungsbereich) erwähnt, die es den Gewerkschaften schwer machten, ihren eigenen Mitgliedern gegenüber eine maßvolle Linie zu vertreten. Insgesamt lag das Staatsdefizit 2006 höher als 2000 (als de facto noch ein rot-schwarzes Budget vollzogen worden war).

Die Wiederkehr der großen Koalition gilt Butschek dann überhaupt als das „Ende der Reformen“. So arbeitet er als schwere Gegenwartsprobleme die landwirtschaftliche „Ordnung“, Fehlallokationen in der Verkehrs- und Energiepolitik und Defizite des Kapitalmarktes heraus (S. 461-495). Die Ausführungen zur Finanzkrise wurden noch vor dem Aufkommen der akuten Probleme der Hypo Alpe Adria AG und erhöhter Risiken in manchen ostmitteleuropäischen Ländern verfasst.

Mögliche Qualitäten eines Buches über mehr als zwei Jahrtausende Wirtschaftsgeschichte eines Landes (bzw. eines Gebietes) können sein, einen instruktiven Gesamtüberblick zu gewähren, als Nachschlagewerk für Teilas-

pekte zu taugen und/oder eigene Deutungsschwerpunkte darzulegen. Zum dritten dieser möglichen Resultate kann angemerkt werden, dass Felix Butschek trotz eines generell sehr sachlichen Tons der Darstellung gegebenenfalls vor deutlichen Wertungen nicht zurückscheut. So zeichnet er eindrucksvoll die antiliberalen Politik in der späten Habsburgermonarchie mit ihren durchaus wachstumshemmenden Effekten nach und konstatiert, dass der Erste Weltkrieg leichtfertig „vom Zaun“ gebrochen wurde. Eine persönliche Abneigung ist gegenüber den 1968er-Bewegungen herauszulesen, die er vor allem mit wachstumshemmenden Attitüden und dem Linksterrorismus der 1970er- und 1980er-Jahre identifiziert. Auch die Ökologiebewegungen erachtet der Autor vor allem als Wachstumsbremse und als Verursacher von Fehlinvestitionen im Energie- und Verkehrsbereich. Hingegen fällt die Darstellung des NS-Unrechts im Ton betont neutralistisch aus – wobei dem Autor damit ausdrücklich keinerlei Nähe zu diesen Strömungen zugeschrieben sei, eher eine gewisse Rücksicht, die Erfolgsgeschichte des Wiederaufbaus nicht mit Erwägungen des Umgangs mit NS-Unrecht in der Nachkriegsära in Zusammenhang bringen zu wollen. Aus Sicht des Rezensenten müsste eine offene Abhandlung beider Aspekte in ihrer Historizität möglich sein.

Als Nachschlagewerk, um einen Einstieg in Phasen und Aspekte der österreichischen Wirtschaftsgeschichte zu finden, eignet sich das Werk dank der klaren Strukturierung und dank des umfangreichen Statistikanhangs sehr gut.¹⁷ Auch die Herkulesaufgabe, eine schlüssig gegliederte Gesamtdarstellung zu gestalten, hat der Autor bra-

vourös bewältigt, wofür sich das institutionelle Konzept als Gliederungsprinzip bewährt hat. Am dichtesten sind die Darstellungen eher gegenwartsnaher Entwicklungen ausgefallen – zum Beispiel vermag die kenntnisreiche Schilderung des Schicksals der verstaatlichten Industrie absolut zu überzeugen. LeserInnen, die bereits in den vergangenen Jahren die Publikationen des Autors rezipiert haben, werden manches schon Bekannte wiederfinden, insgesamt wird das Buch als übersichtliches Überblicks- und Einführungswerk wertvolle Dienste leisten.

Andreas Resch

Anmerkungen

- ¹ Ferdinand Tremel, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs* (Wien 1969).
- ² Roman Sandgruber, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Wien 1995).
- ³ Ernst Bruckmüller, *Sozialgeschichte Österreichs* (Wien 2001).
- ⁴ Günther Chaloupek, et al., *Österreichische Industriegeschichte 1700 bis 1848. Die vorhandene Chance* (Wien 2003); Johannes Jetschgo, et al., *Österreichische Industriegeschichte 1848 bis 1955. Die verpasste Chance* (Wien 2004); Ferdinand Lacina, et al., *Österreichische Industriegeschichte 1955 bis 2005. Die ergriffene Chance* (Wien 2005).
- ⁵ David F. Good, *Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914* (Wien, Köln, Graz 1986).
- ⁶ John Komlos, *Die Habsburgermonarchie als Zollunion* (Wien 1986).
- ⁷ Peter Eigner, Andrea Helige, *Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert* (Wien 1999).
- ⁸ Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert* (Stuttgart 1985).

- ⁹ Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates* (Wien 1994).
- ¹⁰ Peter Berger, *Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert* (Wien 2007).
- ¹¹ Vgl. neben dem Band in FN 8 z. B. Felix Butschek, *Industrialisierung: Ursachen, Verlauf, Konsequenzen* (Wien u. a. 2006); ders., *Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart* (Wien u. a. 2004); ders., *Europa und die Industrielle Revolution* (Wien u. a. 2002); ders., *Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Die österreichische Wirtschaft seit der industriellen Revolution* (Wien 1999); ders., *Vom Konflikt zur Konsensorientierung. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die österreichische Wirtschaftspolitik 1920-1995* (Wien 1996); ders., *Der österreichische Arbeitsmarkt. Von der Industrialisierung bis zur Gegenwart* (Stuttgart 1992).
- ¹² Vgl. z. B. Michael Mitterauer, *Warum Europa?* (München 2003); Eric L. Jones, *Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens* (Tübingen 1991); Douglass C. North, *Theorie des institutionellen Wandels* (Tübingen 1988); ders., *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung* (Tübingen 1992); Avner Greif, *Institutions and the Path to Modern Economy* (Cambridge/UK et al. 2006); Joel Mokyr, *The gifts of Athena. Historical origins of the knowledge economy* (Princeton, NJ, u. a. 2005).
- ¹³ Vgl. etwa Kurt W. Rothschild, *Wurzeln und Triebkräfte der österreichischen Wirtschaftsstruktur*, in Wilhelm Weber (Hrsg.), *Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen* (Berlin 1961) 1-157, hier 94ff; Sandgruber, *Ökonomie und Politik* (1995) 327, 395ff; Gerhard Senft, *Im Vorfeld der Katastrophe* (Wien 2002) 350ff.
- ¹⁴ Der Autor hat dazu eine separate Monografie verfasst: Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945* (Stuttgart u. a. 1978).
- ¹⁵ Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. *Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich*, 32 Bände (Wien, München 2003, 2004).
- ¹⁶ Hans Seidel, *Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg* (Wien 2005).
- ¹⁷ Spezialisten für die einzelnen Teilbereiche mögen sich in manchen Fällen den Nachweis breiterer Literaturgrundlagen gewünscht haben – hierbei handelt es sich vermutlich auch um verschiedene kulturelle Traditionen von Autoren, die sich von einem wirtschafts- oder geschichtswissenschaftlichen Hintergrund her mit wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen befassen. Man vergleiche etwa das außerordentlich umfangreiche und differenzierte Literaturverzeichnis in Sandgruber, *Ökonomie und Politik* (1995).

Struktur und Wandel von Gesellschaftsordnungen

Rezension von: Douglas North,
John Joseph Wallis, Barry R. Weingast,
Gewalt und Gesellschaftsordnungen,
Mohr Siebeck, Tübingen 2011,
326 Seiten, € 94.

Der Nobelpreisträger Douglas North entwickelte mit der Neuen Institutionenökonomie einen der interessantesten theoretischen Ansätze der letzten Jahrzehnte. Dieser erwies sich nicht nur für den Bereich der Wirtschaftsgeschichte als außerordentlich fruchtbar, sondern ebenso für das Verständnis vieler aktueller ökonomischer Probleme, vor allem jener – um einen klassischen Begriff zu verwenden – der Politischen Ökonomie. Im vorliegenden Buch weitete er seinen Forschungsbereich beträchtlich aus, indem er versucht, Struktur und Wandel von Gesellschaftsordnungen grundlegend theoretisch zu erfassen. Dieses Projekt, welches er mit zwei gleichfalls renommierten amerikanischen Professoren realisiert hat, präsentiert nunmehr der Verlag Mohr Siebeck, der bereits mehrere Arbeiten Norths publizierte.

Die Autoren unterscheiden im Ablauf der menschlichen Geschichte drei grundlegende Gesellschaftsordnungen. Am Anfang steht die „Wildbeuterordnung“, also jene der Jäger und Sammler. Diese wird abgelöst durch die „Ordnung mit Zugangsbeschränkung“ oder den „natürlichen Staat“, welche schließlich durch „Ordnungen mit Zugangsfreiheit“ abgelöst wird.

Anhand der Wildbeuterordnung wird das Grundproblem jeder Gesellschaft, nämlich die Beschränkung von Gewalt

(daher auch der Titel des Buches) demonstriert. Innerhalb einer kleinen Gruppe regelt sich das Problem durch persönliche Beziehungen, aber schon anderen Gruppen gegenüber ergeben sich Probleme. Daher wird die Gewaltabwehr geeigneten Personen übertragen, welche dafür durch Ressourcen der Gruppe honoriert werden, wie etwa Grund und Boden oder Dienstleistungen. Solche Gruppenführer versuchen mit anderen übereinzukommen, gegenseitige Gewalt zu vermeiden, damit der Genuss ihrer Privilegien abgesichert werde: Es entsteht eine „dominante Koalition“, welche darauf achtet, dass keine anderen Gruppenmitglieder Zugang zu ihrer privilegierten Position erhalten – es bildet sich eine Aristokratie heraus.

Der natürliche Staat

Auf dieser Grundlage entwickelt sich jene Gesellschaftsordnung, welche die letzten 10.000 Jahre charakterisierte, nämlich jene der Zugangsbeschränkung – der natürliche Staat. Das Problem der Gewaltkontrolle regelt dieser gleichfalls durch die Bildung einer dominanten Koalition der Privilegierten. Die Eliten (Militärs, Priester, Politiker) kommen überein, ihre Vorrechte wechselseitig zu respektieren, wodurch ihre Renten, welche sie von der Bevölkerungsmehrheit akquirieren, nicht gefährdet werden. Dieses System vermittelt einen „doppelten Ausgleich“ durch Reduktion des Gewaltpotenzials einerseits und Sicherung der Privilegien andererseits. Die sozialen Beziehungen beruhen auf persönlichen Kontakten, auf Privilegien und Hierarchien sowie auf unsicheren Eigentumsrechten. Es handelt sich um ein Gemeinwesen ohne allgemeine Zustimmung der Be-

herrschen. Dieser Staat ist durch langsam wachsende, schockanfällige Wirtschaften gekennzeichnet. Die Zahl von Organisationen hält sich in engen Grenzen. Der öffentliche Sektor ist eher klein und zentralisiert. Natürliche Staaten erweisen sich damit als stabil, aber nicht statisch. Neue Interessengruppierungen können entstehen und das Gleichgewicht umstoßen, was sich auch in Bürgerkriegen manifestieren kann.

Gewiss vermitteln die natürlichen Staaten auch einen gewissen Schutz für die Nichtangehörigen der Eliten, aber im Rahmen eines eher auf persönlichen Beziehungen beruhenden Klientelsystems. Immer jedoch bleibt die Möglichkeit des Aufstiegs in die Elite äußerst beschränkt.

Trotz der erläuterten grundlegenden Charakteristika der natürlichen Staaten erfahren diese unter den jeweiligen historischen Gegebenheiten sehr unterschiedliche Ausprägungen. Die Autoren unterscheiden „fragile“, „elementare“ sowie „reife“ natürliche Staaten. In ersteren Gemeinwesen vermag sich der Staat angesichts innerer und äußerer Gewaltanwendung kaum zu halten (das römische Königtum), außer ihm selbst werden keine Organisationen geduldet. Die dominante Koalition erweist sich als instabil.

Elementare natürliche Staaten entwickeln dagegen zunehmend die Fähigkeit, dauerhafte organisatorische Regelungen einzurichten. Die Elite entwickelt Vorstellungen über richtiges gesellschaftliches Verhalten. Im Rahmen des Staates entwickeln sich komplexere Organisationen (die römische Republik).

Der reife natürliche Staat zeichnet sich schließlich durch dauerhafte Institutionen aus sowie die Fähigkeit, Elite-

organisationen auch außerhalb der Sphäre des Staates bestehen zu lassen. Neben dem öffentlichen entwickelt sich in zunehmendem Maße auch privates Recht, und Gerichte sorgen für dessen Durchsetzung. Es entsteht bereits eine Vielfalt privater Organisationen, wie etwa Kapitalgesellschaften.

Als reife natürliche Staaten lassen sich Frankreich und England vom 16. bis zum 18. Jahrhundert bezeichnen. Im Rahmen des Staates entstanden Körperschaften wie Gerichtshöfe, Stadtverwaltungen und Finanzbehörden. Städte erwiesen sich als zeitlich unbegrenzte Organisationen, die jedoch – in Frankreich – noch abhängig von der Zentralgewalt, dem König, blieben. In England kam es zu Machtverschiebungen in der dominanten Koalition zu den Vertretern der kommerziellen Interessen. Die Eigentumsrechte an Grund und Boden werden zunehmend sicher sowie unpersönlich.

Ordnungen mit Zugangsfreiheit

Die Gesellschaften mit Zugangsfreiheit schließlich sind durch eine dynamische politische und wirtschaftliche Entwicklung charakterisiert. Ihre innere und äußere Sicherheit wird durch eigene Polizei- und Militärorganisationen sichergestellt, die jedoch der politischen Kontrolle unterliegen; man spricht vom Gewaltmonopol des Staates. Sie verfügen über eine reiche und lebendige Zivilgesellschaft mit vielen miteinander konkurrierenden Organisationen. Alle Bürger haben das Recht, solche zu gründen oder ihnen beizutreten. Sie verfügen über einen großen und stärker dezentralisierten öffentlichen Sektor. Die sozialen Beziehungen entwickeln sich unpersönlich, auf der Basis hoher Rechtssicherheit und

gesicherten Eigentumsrechten, Fairness und Gleichheit. Alle Bürger haben, ungeachtet ihrer jeweiligen sozialen Stellung, Anspruch auf die Leistungen des Staates. Der Wettbewerb charakterisiert nicht nur das Wirtschaftssystem, sondern auch das politische. Konkurrierende politische Parteien verhindern die Schaffung von Renten. Wettbewerb sichert überdies die Dynamik des Systems.

Die Autoren greifen in diesem Zusammenhang auf Schumpeter zurück. Dessen „schöpferische Zerstörung“ repräsentiere ein wesentliches Element des Wettbewerbes. Umgekehrt lehnen sie den Ansatz Olsons sowie der *Public Choice*-Theoretiker ab, weil sie in Korporationen unter Bedingungen der Ordnungen mit Zugangsfreiheit nicht Organisationen zur Schaffung von Renten sehen, sondern in deren Konkurrenz ein wesentliches Element der Stabilität wie der Dynamik des Systems. Ein Umstand, welcher gerade durch die österreichischen Erfahrungen erhärtet würde.

Wie vollzieht sich nun der Übergang von natürlichen Staaten zu solchen mit Zugangsfreiheit? Sie müssen die „Übertrittsbedingungen“ erfüllen. Eine Voraussetzung für einen Wandel besteht darin, dass eine derartige Veränderung auch im Interesse der bisher dominierenden Eliten liegen muss. So etwa kann sich der Wandel von persönlichen zu unpersönlichen Beziehungen auch innerhalb dieser Gruppen vollziehen. Anstelle des persönlichen Aspekts treten Kategorien wie etwa der niedere Adel. Das Bestreben, die eigene Position abzusichern, führt nicht nur zu formalen Regeln, sondern auch zum Ausbau eines unabhängigen Gerichtswesens.

Eine weitere Übertrittsbedingung

liegt in der Schaffung von zeitlich unbegrenzten Organisationen im öffentlichen und privaten Bereich, also solche, die nicht durch Tod oder Ausscheiden eines Partners neu gebildet werden müssen, wie beispielsweise Kapitalgesellschaften. Letztlich geht es um die konsolidierte Kontrolle des Militärs. Es muss sichergestellt sein, dass nicht eine dominante Gruppe Gewalt einsetzt, um ihre Interessen durchzusetzen. Freilich, erfüllte Übertrittsbedingungen sind notwendig, aber nicht hinreichend für einen Übergang vom natürlichen Staat zur Ordnung mit Zugangsfreiheit. Länder an der Schwelle des Übertritts können erfolglos bleiben und in den Zustand eines natürlichen Staates zurückfallen.

Entscheidende Bedeutung für die Vollendung des Überganges zur Gesellschaft ohne Zugangsbeschränkung kommt den politischen Parteien zu. Freilich wurden diese zunächst auch von Republikanern, wie etwa in den USA, als Gefahr für eine demokratische Gesellschaft betrachtet, weil sie Interessen von Gruppen durchzusetzen beabsichtigten und damit der Korruption Vorschub leisten würden. Erst allmählich wurde klar, dass solche Organisationen weit besser in der Lage wären, den gesellschaftlichen Interessenausgleich herbeizuführen als Individuen.

Der erfolgreiche Übergang zur Gesellschaft ohne Zugangsbeschränkung vollzog sich erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Die Autoren schildern diesen Prozess sehr plastisch an der Entwicklung in England, Frankreich und den USA. Zwar gab es schon im England des 18. Jahrhunderts Wahlen, doch eingeschränkt auf einen sehr schmalen Teil der Bevölkerung, um die Privilegien der damaligen Eliten abzu-

sichern. Deren Interessen führten jedoch oft zu sehr harten Auseinandersetzungen untereinander. Die Bedeutung einer loyalen und zu respektierenden Opposition wurde erst allmählich erkannt. Die zur Absicherung der Eliten geschaffenen Institutionen führten über ihre Ausweitung letztlich zur vollkommenen Zugangsfreiheit, welche schließlich den Interessenausgleich unter der gesamten Bevölkerung durch den politischen Wettbewerb ermöglichten.

Das Pendant zu diesem politischen Prozess bildete im wirtschaftlichen Bereich das Schicksal der Aktiengesellschaften. Diese „*sociétés anonymes*“ bedeuteten grundsätzlich eine Ausweitung der wirtschaftlichen Möglichkeiten, doch wurden sie anfänglich nur sehr restriktiv zugelassen, da man einerseits Spekulationen befürchtete, andererseits der Staat oft durch Lizenzgebühren beträchtliche Einnahmen lukrierte. Auch hier wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der freie Zugang eröffnet und damit der Wettbewerb institutionalisiert. Am Ende dieser Entwicklung stand eine Gesellschaft mit vollständiger Zugangsfreiheit im politischen wie im ökonomischen Bereich, faktisch also der reife demokratische Industriestaat.

Eine neue Theorie staatlicher Ordnung

Die Arbeit der drei Autoren vermittelt zweifellos einen neuen und originellen Ansatz zur Analyse der Struktur und der Entwicklung von Gesellschaftsordnungen. Ihr Ausgangspunkt, nämlich die Regelung der Gewaltausübung, beeindruckt, weil er plausible Kausalitäten herausarbeitet, welche über reines „Machtstreben“ hinausgehen. Es

wird durch den neuen Ansatz nicht nur die historische Entwicklung erklärt, sondern ebenso die Unterschiedlichkeit der heutigen Gesellschaftsordnungen – und damit der Entwicklungspolitik ein neues Instrumentarium zur Verfügung gestellt. Ebenso gewinnt man durch die Einschätzung der Organisationen ein neues Bild über deren Bedeutung für den gesellschaftlichen Wandel wie auch in diesem Zusammenhang durch Veränderung von einer auf persönlichen Beziehungen beruhenden Sozialstruktur zu einer solchen mit unpersönlichen – das Entstehen einer „unpersönlichen Identität“. Von zentraler Bedeutung erweist sich schließlich die Zusammenführung des ökonomischen und des politischen Sektors, also die Verflechtung von Marktwirtschaft und Demokratie. Mit all dem vermittelt die Studie eine ungewöhnlich große Fülle neuer Einsichten.

Natürlich ist es im Rahmen einer Buchbesprechung nicht möglich, eine umfassende Diskussion der Arbeit zu bewerkstelligen. Es seien hier nur einige Fragen aufgeworfen, welche in der Debatte über das Buch berücksichtigt werden könnten.

Wenn die Autoren wiederholt darauf hinweisen, dass natürliche Staaten vor der Reifeperiode kaum unabhängigen Organisationen duldeten, wäre die Position der Städte im Hochmittelalter, insbesondere im Deutschen Reich, zu problematisieren. Diese agierten doch weitgehend unabhängig von der Zentralgewalt, mit eigener Gesetzgebung, eigenen Vertretungskörperschaften, Regierungen und Gerichten. Erklärt sich diese Position aus der losen Organisation des Reiches, oder waren sie Teil der „dominierenden Koalition“? Wenn Letzteres zutrifft, wie sind dann die Körperschaften innerhalb der Städ-

te zu beurteilen? Denn auch die Zünfte agierten weitgehend autonom und diese lassen sich, wenn überhaupt, nur beschränkt der dominierenden Koalition in der Stadt zurechnen. Aber selbst wenn man das tut, wie sind dann die Gesellenverbände einzuordnen, deren Mitglieder ganz sicher nicht der Oberschichte zuzuordnen wären und zeitlich unbegrenzten Organisationen angehörten, welche unpersönlichen Zugang nach dem Kriterium „Geselle“ erlaubten?

Schwierig wird es auch dort, wo die Autoren konkrete Entwicklungen aus ihren Hypothesen ableiten. So weisen sie zu wiederholten Malen darauf hin, dass sich die Gesellschaften ohne Zugangsbeschränkungen erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Westen voll entwickelten. Daraus – so meinen sie – lasse sich auch die um diese Zeit einsetzende Wachstumsbeschleunigung im Westen erklären. Nun könnte man diese Entwicklung auch darauf zurückführen, dass nunmehr der industrielle Sektor, mit seinem raschen Produktivitätswachstum, einen relevanten Anteil am BIP erreicht hatte, so dass seine Expansion auf das Gesamtwachstum durchschlug. Ein weiteres Problem jedoch entsteht daraus, dass sich gerade in England, dem Pionierland der Industriellen Revolution, um diese Zeit das Wachstum verlangsamte, wogegen Deutschland dramatisch aufholte. Konnte man das deutsche Kaiserreich bereits als eine Gesellschaft ohne Zugangsbeschränkungen bezeichnen?

Und diese Überlegung lässt sich verallgemeinern. Die Autoren betonen wiederholt die außerordentliche Flexibilität und Dynamik solcher Gesellschaften. Könnte es nicht sein, dass aus ökonomischer Sicht reife natürliche Staaten durchaus zureichende Bedingungen hervorbringen, um ein hohes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, wie viele asiatische Länder, von Singapur bis China, demonstrieren – zumindest auf Zeit.

Das Argument der Autoren, England hätte im Siebenjährigen Krieg seine Flotte länger auf See halten können, weil deren Versorgung schon über unpersönliche Kanäle erfolgte, scheint etwas gewaltsam. Dies wären nur einige Gedanken, welche durch die anregende Lektüre des Buches hervorgerufen wurden.

Was Stil und Aufbau der Arbeit anbelangt, ist zu sagen, dass diese sehr breit angelegt und damit auch redundant ist. Manche Kapitel gehen sehr ins Detail, wie etwa jenes über das englische Bodenrecht. Der Stil ist oft recht getragen, weil auch die Autoren selbst von ihrer Arbeit außerordentlich beeindruckt erscheinen. „Unsere Darstellung gehört in den größeren Zusammenhang der Mehrung menschlichen Wissens, die ihrerseits Grundvoraussetzung für die Verbesserung der materiellen Wohlfahrt der Menschen ist“ (S. 270).

Das Buch wurde von Monika Streissler, die schon mehrere Werke Norths bearbeitet hat, in gewohnter Perfektion übersetzt.

Felix Butschek

Die sozialen Strukturen der Habsburgermonarchie 1848-1918

Rezension von: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band IX, Soziale Strukturen, hrsg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2010, zwei Teilbände, 1.822 + 362 Seiten, € 198 + € 131.

Das Erscheinen des ersten Bandes des Monumentalwerks über die Geschichte der Habsburgermonarchie 1848-1918, der sich mit der „Wirtschaftlichen Entwicklung“ befasst, liegt nun schon 39 Jahre zurück. Es folgten die Bände „Verfassung und Rechtswesen“ (1975), „Völker des Reiches“ (1980), „Konfessionen“ (1985), „Bewaffnete Macht“ (1987), „Internationale Beziehungen“ (1989/93), „Verfassung und Parlamentarismus“ (2000) sowie „Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft“ (2006).

Der achte Band bietet die erste Gesamtdarstellung der politischen Öffentlichkeit in der Habsburgermonarchie als Ausdruck zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, als Instrument zur Durchsetzung privater Interessen in der Politik, jenseits von Regierung und Parlament, geschützt durch Grundrechte und Rechtsstaat.

Schwerpunkte der Darstellung sind erstens die Organisationsformen der politischen Öffentlichkeit, also Vereine und Interessenverbände als politisierter Teil der Zivilgesellschaft und politi-

sche Parteien als Bindeglieder zwischen Gesellschaft und Staat, sowie zweitens die Presse als Mitgestalter und Ausdruck der öffentlichen Meinung. Vereine bildeten oft Vorstufen und Vorfelder der Parteien, häufig wurden Parteien von Presseorganen initiiert.

Der vorliegende neunte Band „Soziale Strukturen“ besteht aus zwei Teilbänden: Der erste Teil „Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft“ setzt sich wiederum aus zwei Bänden zusammen: „Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution“ (Teilband 1/1) und „Von der Stände- zur Klassengesellschaft“ (Teilband 1/2). Die Redaktion des ersten Teils hatte Ulrike Harmat inne. Der zweite Teil „Die Gesellschaft der Habsburgermonarchie im Kartenbild. Verwaltungs-, Sozial- und Infrastrukturen. Nach dem Zensus von 1910“, bearbeitet von Helmut Rumpler und Martin Seiger, beinhaltet neben zwei Textbeiträgen vor allem Karten. Letztere sind auch unter www.oeaw.ac.at/habskomm zu finden.¹

Die soziale Frage

Für die österreichische Politik zwischen der Revolution des Jahres 1848 und dem Ersten Weltkrieg stellte die soziale Frage eine Herausforderung ersten Ranges dar, bestand doch die Gefahr, dass Verschlechterungen der sozialen Lage erheblicher Teile der Bevölkerung die ohnehin existierenden und tendenziell eskalierenden nationalen Spannungen weiter verschärfen würden.

Die liberalen Regierungen der ersten Gründerzeit gaben der sozialen Frage jedoch keine Priorität. Die Liberalen vertraten vor allem die Interessen des

Unternehmertums und orientierten sich an wirtschaftsliberalen Prinzipien, gemäß denen selbst schwache legislative Arbeitsschutzregelungen als Verletzungen der Freiheit interpretiert wurden. In der sozialen Frage sahen die Liberalen jener Zeit keine politische, sondern eine rein ökonomische Angelegenheit. Armut galt als selbstverschuldet. Aus liberaler Sicht hatte der Staat in soziale Belange nicht einzugreifen.

In der Depression ab 1873 stieg die Arbeitslosigkeit, die Löhne verfielen, die ohnehin ungünstigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft, der Selbstständigen und Unselbstständigen im Kleingewerbe und weiter Teile der ländlichen Bevölkerung verschlechterten sich, Armut breitete sich aus. Das Bewusstsein einer sozialen Krise erfasste auch die politischen Eliten, und die Forderungen nach Maßnahmen zugunsten der Krisenopfer nahmen zu. Der Umgang mit der Krise avancierte für den Vielvölkerstaat zum Legitimationsproblem.

Doch erst die ab 1879 amtierende Regierung des konservativen „Eisernen Rings“ unter Ministerpräsident Taaffe wurde sozialpolitisch aktiv. Angesichts der tiefen Erschütterungen des kapitalistischen Systems durch die „Große Depression“ stieg „Sozialreform“ zu einer der neuen politischen Parolen auf. Die Regierung Taaffe setzte in vollkommener Abkehr von der liberalen Enthaltensamkeit auf eine Politik der Staatsintervention und nahm den Aufbau eines Sozialsystems in Angriff. Das theoretisch-ideologische Fundament dieser Sozialpolitik lieferte die von Karl von Vogelsang und dem Zirkel der „Sozialaristokraten“ formulierte Programmatik des Sozialkatholizismus. Diese katholisch-konservative

Sozialtheorie bildete einen Gegenentwurf zu der individualistischen Gesellschaftsphilosophie der Liberalen und zum marxistisch-sozialistischen Sozialmodell.

Die Gewerbeordnungsnovellen 1883 und 1885, das Gewerbeinspektorsgesetz 1883, das Unfallversicherungsgesetz 1887 und das Krankenversicherungsgesetz 1888, die sozialpolitischen Marksteine der Ära Taaffe, basierten teilweise auf Ideen des Vogel-sang-Kreises. Auch die erste statistische Erhebung über die soziale Lage der Arbeiterschaft 1883 und die erste parlamentarische Enquete über die Begrenzung der Arbeitszeit waren Initiativen der katholisch-konservativen Abgeordneten.

Wie Werner Drobisch in seinem – angesichts des Fehlens eines Artikels über Sozialpolitik in der österreichischen Reichshälfte für das Gesamtprojekt sehr wichtigen – Beitrag über die „ideologischen Konzepte zur Lösung der ‚sozialen Frage‘“ eindrucksvoll nachweist, setzte sich ab den 1880er-Jahren quer durch alle politischen Lager und über alle nationalen Grenzen hinweg, versehen mit einem jeweils unterschiedlichen sozialtheoretischen Überbau, die Vorstellung durch, Staatsinterventionismus biete die Lösung der sozialen Frage. Paradoxi-erweise verlangten auch jene Lager, die den Staat nationalpolitisch bekämpften, von diesem eine sozialpolitische Führungsrolle. In der Forderung nach sozialpolitischem Eingreifen des Staates wussten sich die akademischen Sozialtheoretiker der verschiedenen Lager einig mit Teilen der staatlichen Administration. Angestrebt „wurde nicht in Konkurrenz, sondern als Ergänzung zum liberalen Rechtsstaat der sozial agierende Staat“ (S. 1463).

In den 1880er-Jahren formierte sich eine breite katholische Sozialbewegung. Nach dem Tode Vogelsangs wandte sie sich unter Führung des Moraltheologen Martin Schindler von der überwiegend antikapitalistischen Orientierung ab. In Übereinstimmung mit der Enzyklika „Rerum novarum“ aus 1891 als fester ideologischer Basis wurde der Arbeitslohn als sittlich erlaubt und wirtschaftlich gerechtfertigt erklärt.

„Ohne den Kapitalismus, Gewinnstreben und Privateigentum abzulehnen, wurden Solidarität und Subsidiarität zu den neuen sozialpolitischen Leitlinien der Christlichsozialen“ (S. 1453). Diese Grundsätze der jungen katholisch-konservativen Massenpartei behielten bis 1914 ihre Gültigkeit. Deren soziales Ordnungskonzept zielte auf eine Korrektur der negativen Auswüchse des Kapitalismus und auf eine Berücksichtigung der Interessen der sozial benachteiligten Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden, Bauern und Arbeiter ab. Vom Staat wurde ein Engagement für die sozial Schwachen gefordert – also sozialpolitische Intervention.

Auch in der antikapitalistischen und antiindividualistischen sozialpolitischen Programmatik der Sozialdemokraten wurde dem Staat eine entscheidende, jedoch andersgeartete Rolle zugewiesen. Zweifellos mit beeinflusst von der sozialpolitischen Aufbruchstimmung des „Zeitalters der Sozialreform“, erfolgte an der Wende von 1888 auf 1889 am Hainfelder Parteitag eine ideologische Neuausrichtung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, nämlich die Abkehr vom Lassalleanismus, der das Neudörfner Programm von 1874 noch wesentlich bestimmt hatte, und die Orientierung an der Kautsky'schen Programmatik. Bis 1914 bildete die Hainfel-

der „Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ‚Sozialreform‘“ das konzeptuelle Fundament sozialdemokratischer Sozialpolitik. Gefordert wurden die unbehinderte Organisation der Arbeiter, eine lückenlose (Kritik an den sehr bewusst lückenhaften Taaffe'schen Sozialgesetzen!) Arbeiterschutzgesetzgebung und deren Durchführung unter Mitwirkung der Arbeiterschaft. „Mit ihren sozialen Ansprüchen wies die Hainfelder Resolution in Richtung der staatlichen Intervention und von ‚Sozialisierungsmaßnahmen‘, aber auch einer selektiven Einbindung der Arbeiterschaft in staatliche Entscheidungsprozesse“ (S. 1462). Tatsächlich waren VertreterInnen der Sozialdemokraten ab den 1890er-Jahren über Enqueten, über institutionelle Einbindung (etwa im Arbeitsstatistischen Amt) und über Konsultation durch die Ministerien in die Neugestaltung des Sozialrechts eingebunden.

Die Deutschnationalen Schönerers verschrieben sich 1882 im „Linzer Programm“ einem antisemitisch und antikatholisch ausgerichteten „nationalen Sozialismus“, dessen sozialpolitische Forderungen durchaus klassenkämpferische Züge trugen. Dieses sozialreformerische, staatsinterventionistische Konzept fand sich in wesentlichen Punkten auch im Programm der „Deutschen Volkspartei“ aus 1896.

Selbst die Liberalen thematisierten die soziale Frage ab den 1880er-Jahren in ihrer Politik. Ein 1882 eingebrachter Antrag verlangte sozialpolitische Eingriffe des Staates in Form von gesetzlichen Regelungen, konkret hinsichtlich der Höchstarbeitszeiten von Frauen und Kindern, der Bestellung von Fabriksinspektoren und der Einführung einer obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung. Der Katalog der so-

zialpolitischen Forderungen wurde in den 1890er-Jahren noch erweitert.

Die Versuche der Umsetzung sozialpolitischer Ideen durch eine entsprechende Sozialgesetzgebung zeigten, dass „der österreichische Kaiserstaat abseits des eskalierenden nationalen Haders ... im Sozialbereich ... – zumindest begrenzt – reformfähig“ (S. 1463) war. In der permanenten politischen Krise der 1900er-Jahre büßte die Sozialpolitik zwar an Nachhaltigkeit ein, aber einzelne Reformschritte wie das Angestellten-Pensionsgesetz von 1906 und das Handlungsgehilfengesetz von 1910 waren möglich.

Die Sozialwissenschaftler und Sozialpolitiker der Zeit konnten sich stetig verbesserter statistischer Grundlagen (Kapitel VI) bedienen: Volkszählungen wurden 1857, 1869 und ab 1880 im Zehnjahresabstand durchgeführt. Sie bieten brauchbare und in weiten Teilen detaillierte Bilder der Berufslandschaft (Beruf, Stellung im Beruf), enthalten Angaben zu Altersaufbau, Familienstand, Wanderungsbewegungen, Gebürtigkeit, Konfession, Umgangssprache und Bildungsgrad. Kontinuierliche Datenreihen über mehrere Volkszählungen sind freilich nur bei wenigen Merkmalen erstellbar. Von den anderen, regelmäßig publizierten amtlichen statistischen Quellen sind für die Sozialgeschichte die jährlichen Bevölkerungsstatistiken, die Sanitätsstatistik, die Statistik der Unterrichtsanstalten und die Statistik der Rechtspflege sowie die Gewerblichen und Landwirtschaftlichen Betriebszählungen wesentlich.

Soziale Strukturen

Auf diese statistischen Quellen stützen sich auch die Beiträge des Kapi-

tels I, welches sich mit den strukturellen Änderungen im Zuge der Wende von der agrarischen zur Industrie- und Wissensgesellschaft befassen, d. h. mit den Rahmenbedingungen der Zweiten Industriellen Revolution der Gründerzeit und der Spätgründerzeit: Bevölkerungsentwicklung, Urbanisierung, Bildungsrevolution, technischer Fortschritt und Diffusion der technischen und organisatorischen Innovationen, Anfänge des modernen Kommunikations- und Medienwesens. Leider erweisen sich Unterschiede in den Datensystematiken zwischen Österreich und Ungarn oft als beschränkender Faktor für eine differenzierte Analyse eines Merkmals für die gesamte Habsburgermonarchie.

Renate Banik-Schweitzer stellt in ihrem Artikel über den Urbanisierungsprozess fest, dass der Agglomerationsgrad der Bevölkerung 1910 – in Übereinstimmung mit dem ökonomischen Entwicklungsniveau – ein klares Gefälle von Nord nach Süd und von West nach Ost erkennen lässt. In der österreichischen Reichshälfte gab es zu dieser Zeit sieben Großstädte: Wien, Graz, Triest, Prag, Brünn, Krakau und Lemberg, in Ungarn zwei, nämlich Budapest und Szeged/Segedin. Diese waren schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts die größten Städte der Habsburgermonarchie gewesen.

Gemäß der auf den Berufsstrukturdaten beruhenden Städtesystematik Banik-Schweitzers werden die alpinen Kronlandeshauptstädte folgenden Stadttypen zugeordnet: Wien und Graz zählten zu den Großstädten, definiert als urbane Zentren mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Wien war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch ein Zentrum der Textilindustrie gewesen. In der zweiten

Hälfte verlor die Reichshauptstadt zwar Arbeitsplätze in der ersten industriellen Leitbranche, gewann aber neue Arbeitsplätze in den modernen, wissensbasierten Industriebranchen wie der Maschinen- und später der Elektroindustrie. Um die Jahrhundertwende wurden dann die produktionsbezogenen Dienstleistungsbranchen, wie das Bank- und das Versicherungswesen, zu einem bedeutenden Träger des Beschäftigungswachstums. 1910 entfielen mehr als die Hälfte der Berufstätigen, nämlich 52,9%, auf die Berufsklasse B „Industrie und Gewerbe“, rund ein Drittel (32,5%) auf die Berufsklasse C „Handel und Verkehr“, welche auch Banken und Versicherungen, das Gast- und Schankgewerbe sowie die Dienstboten einschließt, und 13,5% auf die Berufsklasse D „Öffentlicher Dienst und Freie Berufe“.²

Graz zeichnete sich durch eine spezifische Mischung aus Leichtindustrie (v. a. Bekleidungsindustrie), Handel, Bürokratie und Militär aus. 1910 belief sich der Anteil der Berufsklasse B „Industrie und Gewerbe“ an der Gesamtheit der Berufstätigen auf 44,8%, jener der Berufsklasse C „Handel und Verkehr“ auf knapp ein Drittel (32,3%). Die Erwerbspersonen der letztgenannten Berufsklasse wiederum verteilten sich zu 34% auf den Warenhandel, 17% auf Verkehrs- und Transportwesen, 17% auf Gast- und Schankgewerbe und 32% auf Sonstige Handels- und Verkehrsgewerbe. Der Anteil der Berufsklasse D „Öffentlicher Dienst und Freie Berufe“ schließlich erreichte ein Fünftel (21%). Davon waren 47% im Öffentlichen Dienst inkl. Gesundheits- und Bildungswesen tätig, 37% waren Militärs, 10% gehörten den Freien Berufen an.³

In Innsbruck, einer „Verwaltungsstadt/Bildungsstadt“, betrug der Anteil

der Berufsklasse B „Industrie und Gewerbe“ nur etwa ein Drittel (33,9%). Ein weiteres Drittel war in der Berufsklasse C „Handel und Verkehr“ tätig (35%). In dieser Klasse zeigten sich hohe Konzentrationen im Gast- und Schankgewerbe sowie im Eisenbahnwesen. Auf die Berufsklasse D „Öffentlicher Dienst und Freie Berufe“ letztlich entfielen 29,7% der Erwerbspersonen. Von diesen wiederum gehörten 56% zum Öffentlichen Dienst einschließlich des Gesundheits- und des Bildungswesens, 41% zum Militär und nur 3% zu den Freien Berufen.⁴

Die Berufsstruktur Wiens war mithin in weit höherem Maße industriell geprägt als jene von Graz und Innsbruck. Der Anteil von Handel, Verkehr, Finanzdienstleistungen, Gast- und Schankwirtschaft und Dienstboten (Berufsklasse C) betrug in allen drei Städten jeweils rund ein Drittel. Wesentlich höher als in der Reichshauptstadt war in Graz und Innsbruck jeweils der Anteil der Berufsklasse D, was in erster Linie auf die viel größere relative Bedeutung der Heeresangehörigen in Letzteren zurückzuführen ist. Innerhalb des tertiären Sektors dominierten somit in Wien die privatwirtschaftlichen Dienstleistungen erheblich stärker als in den beiden Kronlandeshauptstädten.

Linz wird als „Dienstleistungsstadt im Industrialisierungsprozess“ klassifiziert, Salzburg wie Innsbruck den „Verwaltungsstädten/Bildungsstädten“ zugeordnet.

Bregenz verfügte im 19. Jahrhundert über die größte Garnison des Landes, war Handelsmittelpunkt, außerdem bestimmten zahlreiche Landesbehörden die Berufslandschaft. Der Ausbau von Bahn- und Schiffsverkehr ab 1870 beschleunigte die Entwicklung des Frem-

denverkehrs (Eigner, Bd. 1/1, S. 458). Klagenfurt schließlich gehörte zum Typus „Garnisons- und Festungsstädte“.

Die Räume, in denen sich der Wandel von der Agrar- zur Industrie- und Wissensgesellschaft vollzog, waren nicht die Kronländer oder die Kulturgemeinschaften der Nationen, sondern sozioökonomisch konstituierte Lebensräume und Arbeitswelten. „Die tschechischen Dienstmädchen, Schneider, Ziegelarbeiter und Hausmeister Wiens waren nicht Teil der tschechischen Gesellschaft, sondern Elemente des Sozialgefüges einer multinationalen Großstadtgesellschaft“ (Rumpler, Bd. 1/1, S. 5). Sozialer Wandel vollzog sich in den urbanen Zentren rascher und intensiver als in der Peripherie.

Die Themen der Artikel aus Kapitel II sind demgemäß u. a. die landwirtschaftlichen Arbeitswelten und die ländliche Sozialstruktur, die gewerblich-industrielle Arbeitswelt, Arbeit(en) im Dienstleistungssektor, urbane Lebenswelten sowie klein- und mittelstädtische Lebenswelten.

„Die ‚Sozialstrukturen‘ des Jahres 1910 können als repräsentativ für die Spätphase der Habsburgermonarchie, die sogenannte ‚Spätgründerzeit‘, gelten“ (Rumpler, Bd. 2, S. 12). Einige Eckdaten aus der Volkszählung 1910:

- Die ortsanwesende Bevölkerung stieg in Österreich zwischen 1900 und 1910 von 26,2 Mio. um 9,3% auf 28,6 Mio., in Ungarn von 19,3 Mio. um 8,5% auf 20,9 Mio., in der Gesamtmonarchie inkl. Bosnien-Herzegowina von 47 Mio. um 10,1% auf 51,4 Mio. (Seger, Bd. 2, S. 32).
- Die Analphabetenrate (bezogen jeweils auf die Bevölkerung im Alter von zehn und mehr Jahren) fiel in Cisleithanien von 22,7% 1900 auf 16,5% 1910, die der männlichen

Bevölkerung von 20,9% auf 14,7%, die der weiblichen Bevölkerung von 24,5% auf 18,3%. Die Spannweite zwischen den Kronländern war enorm: Sie reichte 1910 von nahezu vollständiger Alphabetisierung in Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Böhmen und Mähren bis zu einer Analphabetenrate von rd. zwei Drittel in Dalmatien.

- Auf die Berufsklasse B „Industrie und Gewerbe“ entfielen 1910 in Österreich in den heutigen Grenzen (ohne Burgenland) 32,8% der Berufstätigen, auf die Berufsklasse C „Handel und Verkehr“ 17,2% und auf die Berufsklasse D „Öffentlicher Dienst und Freie Berufe“ 8%. 42% waren noch in der Land- und Forstwirtschaft tätig.
- Nach der Stellung im Beruf waren in Österreich in den heutigen Grenzen (ohne Burgenland) von 4,2 Mio. Berufstätigen 36,1% Selbstständige, 16,1% mithelfende Familienangehörige, 6% Beamte und Angestellte sowie 41,8% Arbeiter (inkl. Lehrlinge und Dienstboten).

Weite Teile der Habsburgermonarchie gehörten zu „Zwischeneuropa“, das noch im späten 19. Jahrhundert eine Zone des gesellschaftlichen Übergangs war, in dem sich die sozialen Gruppen im Stadium des Wandels vom Stand zur Klasse befanden (Kapitel III). Die entsprechenden Beiträge beschäftigen sich u. a. mit dem Adel, dem Bürgertum, dem Bauernstand und der Entstehung der Arbeiterklasse.

Thema des Kapitels IV sind jene gesellschaftlichen Gruppen, die „jenseits der Klassen“ standen, bspw. Intelligenz, Beamtenschaft und Militär.

In der Umbruchsepoche von der Eliten- zur Massengesellschaft, die mit dem Untergang der liberalen Werte-

und Wirtschaftswelt verbunden war, erfolgten unterschiedliche ideologische und politische Antworten auf die soziale Frage (Kapitel V), vor allem durch den Sozialkatholizismus und die christlichsoziale Massenpartei, durch die Sozialdemokraten, die verschiedenen nationalistischen Bewegungen und Parteien, letztlich auch den Antisemitismus, der sich in vielen politischen Strömungen nachweisen lässt. Auf den einschlägigen Beitrag über die ideologischen Konzepte im Hinblick auf die soziale Frage wurde oben schon ausführlicher eingegangen.

Ziel der visuellen Information, welche die thematische Kartografie des zweiten Teilbandes bietet, ist es, die Spannweite der räumlichen Unterschiede innerhalb eines statistischen Merkmales wiederzugeben. „Sie setzt Statistik in ein Kartenbild um und stellt Sachdaten in Beziehung zur topographischen Lage der Länder, Bezirke und Städte. Man erkennt Nachbarschaften und Distanzen sowie Vor- und Nachteile der Raumlage – alles Merkmale, die weit über jene Informationen hinausreichen, die Tabellen zu bieten vermögen“ (Seger, Bd. 2, S. 29). Die Karten sind von ausgezeichneter Gestaltung und Qualität – Liebhaber historischer Kartenwerke werden sich der Attraktion dieses Teilbandes nicht entziehen können.

In einer kurzen Besprechung ist es nicht möglich, alle Beiträge eines sehr umfangreichen Sammelwerks zu würdigen. Es kann nur versucht werden, den LeserInnen einen Überblick zu bieten und einzelne Aspekte hervorzuheben. Alles in allem bietet Band IX ein sehr differenziertes und nuanciertes Bild der sozialen Strukturen des Vielvölkerreiches in seiner letzten Phase, einer Epoche der Umbrüche auf wirt-

schaftlichem, sozialem und politischem Gebiet. Wie die Vorläufer auf ihren jeweiligen Themenfeldern, so wird auch der vorliegende Band längere Zeit das einschlägige Standardwerk bilden.

Selbstverständlich gibt es in einer nahezu 2.200 Seiten umfassenden Sammelpublikation auch das eine oder andere auszusetzen.⁵

Bemängeln könnte man beispielsweise, dass es – selbst in dem Beitrag über die „Bildungsrevolution“ – keine Tabelle über den Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung nach Kronländern gibt, denn: „Der Alphabetisierungsgrad ist eines der einfachsten und aussagekräftigsten Merkmale, mit denen die Leistungen des Staates zur Hebung der Bildungsstandards seiner Bevölkerung gemessen werden können. Man kann aber auch umgekehrt argumentieren: der Alphabetisierungsgrad zeigt, inwieweit eine Bevölkerung das grundlegende Bildungsangebot des Staates annimmt“ (Seger, Teilband 2, S. 42). Im Kartenband findet sich auf S. 43 zwar ein Diagramm (Abb. 8), welches die signifikanten Fortschritte der Alphabetisierung zwischen 1900 und 1910 in allen Kronländern veranschaulicht, aber aus dieser Abbildung sind die einzelnen Analphabetenraten nur annäherungsweise zu entnehmen.

Die kartografische Darstellung der Lebenserwartung (eigentlich: des durchschnittlichen Lebensalters!) nach Geschlecht in den einzelnen Kronländern auf S. 119 des Teilbandes 2 wird ergänzt durch eine entsprechende tabellarische Darstellung. Leider wurde diesem Präsentationsprinzip nur ausnahmsweise gefolgt. Auf der jeweils einer Themenkarte über ein bestimmtes Merkmal nach politischen Bezirken ge-

genüberliegenden Seite wäre überall genug Platz gewesen, die Durchschnittswerte des betreffenden Merkmals in den einzelnen Kronländern tabellarisch darzustellen.

Das gravierendste Manko stellt wohl – neben dem bereits erwähnten Ausfall des Artikels über Sozialpolitik – das Fehlen eines Beitrags über Einkommensniveaus, -entwicklungen und -streuungen dar, stellt doch das Einkommen eine der entscheidenden Determinanten der sozialen Lage einer Person dar. Das Einkommen Einzelner wiederum wird von sozialer Herkunft, Ausbildung, Beruf, Branchenzugehörigkeit, Ort und Größe des Betriebs, Geschlecht und anderen Faktoren beeinflusst – Faktoren, von denen im vorliegenden Werk viele thematisiert werden. Im aktuellen Standardwerk von Max Haller, „Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel“ (2008), beispielsweise enthält das Kapitel 9 über ökonomische Ungleichheit einen umfangreichen Abschnitt über „Die Ungleichheit des Ein-

kommens: Ausmaß, Entwicklung und soziale Determinanten“.

Diese und zahlreiche weitere Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge, die man anführen könnte, ändern freilich nichts an der obigen Gesamteinschätzung. Allen Interessierten an der Geschichte der Habsburgermonarchie im 19. und 20. Jahrhundert wird empfohlen, in der nächsten Bibliothek oder im Internet Einblick in das Werk zu nehmen.

Michael Mesch

Anmerkungen

- ¹ In Vorbereitung sind zwei weitere Bände: „Kultur und Gesellschaft“ sowie „Der Erste Weltkrieg“.
- ² Quelle: VZ 1910.
- ³ Siehe Möller, Jörn Peter Hasso, Wandel der Berufsstruktur in Österreich zwischen 1869 und 1961 (Wien 1974) 128ff.
- ⁴ Siehe ebendort.
- ⁵ Unfreiwillig amüsant ausgefallen ist im Teilband 2, S. 168, die Übersetzung des Begriffes „Angestellte“ ins Englische: „white colour workers“.

Keynesian or Post-Keynesian Macroeconomics?

Review of: Eckhart Hein, Engelbert Stockhammer (eds.), *A Modern Guide to Keynesian Macroeconomics and Economic Policies*, Edward Elgar, Cheltenham 2011, pp. xxii + 365, hardback, £95.

This volume has its origin in a series of summer schools held in Berlin. The thirteen essays focus on the following elements in Keynesian/Post-Keynesian macroeconomic theory and policy (the number of essays in which each element is prominent is in brackets): history and method of the approach (1), money and finance (4), the international dimension (4), the New Consensus (2), institutions (3), growth (3), distribution (3), labour (2). The tally exceeds thirteen because most of the chapters fall into more than one category, but this list may give a feeling for the scope of the book. Policy is left out because it comes in to most of the articles.

Interesting, for me, is the emphasis on distribution, normally an underdeveloped area in the Keynesian/Post-Keynesian camp. This is linked to a theme which recurs and seems to unite the research programmes of several of the authors, namely the contrast between an economy whose growth is "wage-led" and one which is "profit-led". There are several allusions to this contrast, though the underlying concepts and criteria of definition are under-explained. A chapter devoted to them would have been helpful.

The essays deal with functional distribution. There is growing awareness in the real world that the wage earner

has lost ground over the last thirty years, though the headlines have been taken by the distribution by size of individual incomes, as the current "Occupy" protests on behalf of "the 99 per cent" testifies. It would be of great interest to know what light Post-Keynesian economics can shed on the trend in personal income distribution since the 1970s.

Three chapters are concerned with the influence of institutions on outcomes, a feature again very welcome. Of the four concerned with finance, only one deals head-on with the crisis that began in 2007, though the essay on Financial Architecture also includes a section on it. This is somewhat surprising, because, although the annual summer schools that inspired the essays began before 2008, the crisis must have been well underway by the time these essays were collected and/or commissioned. The absence of a stronger emphasis on the relevance of Post-Keynesian economics to this upheaval gives an overall impression of intellectual tranquillity and settled methods and models amongst Keynesian/Post-Keynesian practitioners, which I think slightly misleading. The emphasis on growth models is also surprising, at a time when the limits to growth are so much in evidence in the world and in debate.

The brief seems to have been to give an overview of the subject, rather than to break new ground. This is entirely appropriate for a Guide, and all the essays of the overview type are extensive in their coverage of the literature and clearly written. In addition there are two detailed, searing critiques by Phillip Arestis, one of the New Consensus and one of EU economic policies. There are some original contributions

too. The overview of the overviews, so to speak, is Marc Lavoie's opening essay on the history and method of Post-Keynesianism. I think he tries to do too much by including some of the history of the approach, and I am not convinced that trying to attach people's names to individual elements of Post-Keynesian methodology is all that helpful – most would subscribe to all the elements –, but on the whole it is an excellent, comprehensive essay. Particularly clever is his little table of paradoxes, or sources of fallacies of composition (p. 13), which is fuller than I have seen heretofore and up to date with the inclusion of Nesvetailova's (2007) paradox of liquidity, inspired by Minsky.

Stockhammer's essay on (employment and) unemployment (ch. 6) is also original. It falls into two parts, one building on a paper by Lavoie (2003), which tries to re-cast the demand for labour curve. His (and Lavoie's) "effective demand for labour" curve is actually the iso-profit line developed in Chick (1983) (independently of McDonald and Solow, 1981, of which I was unaware; they of course have priority). If the assumption that firms maximise profits is carried over from Keynes (1936), his proposed new line reduces to its highest point for each level of aggregate demand, and as aggregate demand changes these points trace out the conventional demand curve. If Stockhammer is proposing a departure from profit maximisation, his alternative deserves some discussion. The second half makes the interesting distinction of the NAIRU *story* of labour market rigidities, which Post-Keynesians quite rightly reject, and NAIRU *theory*, which Stockhammer argues is compatible with Post-Keynesian thought.

But now I must address my fundamental concern: why "Keynesian" in the title, rather than "Post-Keynesian"? It is not just a matter of the title: in the text itself Keynesian and Post-Keynesian are often used interchangeably, and the names of Keynes and Kalecki, supposedly the thinkers inspiring Post-Keynesianism, rarely appear. What, in the authors' and editors' minds, are the borders and areas of overlap between Keynes, Keynesianism and Post-Keynesianism? It is not at all clear. The editors' comparison, in the preface, of this collection to Holt and Pressman's *Handbook* (2001), which thoroughly conflated Keynesianism and Post-Keynesianism, increases my anxiety.

Joan Robinson intended to create a distinction between the Samuelson-Hicks brand of Keynesianism¹ dominant in the English-speaking countries in the 1950s and 60s and economics based more closely on Keynes and Kalecki when she proposed the term "Post-Keynesian".² I have been told that, in Germany, Samuelson-Hicks "Keynesianism" never took hold as it did in Anglophone countries and that therefore the editors felt no need to assert a brand of Keynesianism which was distinct from that "bastardisation". But I cannot really believe that Germany is entirely innocent of IS-LM curves! In any case, the book is published in English by an English publisher, and in Anglophone countries, to call this a guide to Keynesian economics is either confusing or misleading, or both.

The methodological foundations of Post-Keynesianism, as Marc Lavoie so clearly delineated in this volume's opening essay, are quite different from the foundations of what came to be called Keynesianism, as are many of

the theoretical and policy propositions. Those methodological foundations are not much in evidence in the bulk of the book, nor are Keynes's theoretical ideas. Where is liquidity preference or the marginal efficiency of capital, and where is the uncertainty so strongly associated with these concepts? Why does the demand for labour need to be justified by a new curve when it is clear that, for Keynes, what we typically observe, unemployment, is properly represented by points *behind* the curve? And so on. The one idea of Keynes to which everyone adheres in this book is the Principle of Effective Demand.

Many, perhaps most, of the essays establish the "Keynesian" character of the particular analysis in play by contrasting it to mainstream theory, particularly a New Consensus framework. This method could have great advantages in teaching, as students are given a plurality of views. But it does not help clarify the distinctions on the "Keynesian/Post-Keynesian" side of the divide. My sense is that, with two exceptions, there is a consensus among these authors that Keynesianism, Post-Keynesianism and Keynes can be treated as if there is no significant difference between them. But this is by no means the position of most Post-Keynesians, who typically see sharp differences between Keynesianism and Post-Keynesian economics – indeed the very origin of the name Post-Keynesian is intended to reflect this.

Every generation has to fight its way out of the womb of what it was taught. This book seems to be born out of the New Consensus. The two exceptions are Lavoie and Dymski. Halfway through the last essay in the book (p. 330) the latter writes: "For Keynesians

(or Post-Keynesians), identifying sources of crisis and breakdown in financial processes involves building bridges from Keynes's own insights to contemporary economic dynamics." He goes on to explain the bridges that have been built, why they are bridges, and what they say about the crisis. This to me is the right approach. Keynes is an inspiration, but his theories must not be preserved in aspic. The world changes, and theory must change with it; the bridges must be built. Had this approach been taken as the starting point for this volume, the result might have had more to say about the present conjuncture and been more coherent.

There is a tendency among Post-Keynesians to avoid bringing disputes among heterodox schools into the open, perhaps because being heterodox creates a bunker mentality. But this unwillingness partly explains the muddled thinking behind both policy responses to the current crisis and criticisms of them. It is time to be clear. There are differences between Keynesianism and Post-Keynesianism that are important in addressing the questions which the present crisis has given us the opportunity to pose.

The essays in this book are of the highest quality and give a substantial account of a strand of current heterodox thought. I only wish the strand was more clearly delineated.

Victoria Chick

Endnotes

- 1 Which she called "Bastard Keynesianism".
- 2 At a meeting convened by Paul Davidson at the ASSA meetings in 1971.

References

- Chick, V., *Macroeconomics after Keynes: A Reconsideration of the General Theory* (Cambridge, MA, 1983).
- Holt, R.; Pressman, S., *A New Guide to Post-Keynesian Economics* (Cheltenham 2001).
- Keynes, J. M., *The General Theory of Employment, Interest and Money* (London 1936).
- Lavoie, M., Real wages and unemployment with effective and notional demand for labour, in: *Review of Radical Political Economics* 35/2 (2003) 166-182.
- McDonald, I. M.; Solow, R. M., Wage bargaining and employment, in: *American Economic Review* 71 (1981) 896-908.
- Nesvetailova, A., *Fragile Finance: Debt, Speculation and Crisis in the Age of Global Credit* (Basingstoke 2007).

Verteilung, Finanzkrise und Wirtschaftswachstum

Rezension von: Gustav Horn,
Des Reichtums fette Beute. Wie die
Ungleichheit unser Land ruiniert,
Campus Verlag, Frankfurt am Main 2011,
270 Seiten, € 24,90.

Gustav Horn, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf, beleuchtet in seinem aktuellen Buch nicht nur den Zusammenhang zwischen Verteilungsentwicklung und Finanzkrise, sondern gibt auch einen Überblick über längerfristige wirtschaftspolitische Umbrüche in Deutschland und darüber hinaus. Wie der Titel bereits andeutet, richtet sich dieses Buch in erster Linie an eine wirtschaftspolitisch interessierte deutsche LeserInnenschaft. Dabei spart er nicht mit Kritik an Politik, Medien und dem wirtschaftswissenschaftlichen *Mainstream*, die als Wegbereiter der vergangenen wirtschaftspolitischen Entwicklung agierten. Horn arbeitet heraus, wie „die zunehmende Bereicherung weniger und das Zurückfallen vieler im Hinblick auf Einkommen und Vermögen“ (S. 7) zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen hat und welche Alternativen deshalb voranzutreiben sind.

Insofern überrascht es nicht, dass das Buch in Deutschland wenig bzw. wenn, dann meistens polemisch-ablehrend rezipiert wurde¹. Erstens, weil deutsche ÖkonomInnen und JournalistInnen mehrheitlich immer noch zu den besonders orthodoxen VertreterInnen genau der von Horn kritisierten Wirtschaftspolitik der möglichst ungehinderten Entfaltung der Marktkräfte zäh-

len. Zweitens, weil der Autor selbst sich nicht damit begnügt, die Fehlentwicklungen klar und plausibel nachzuzeichnen, sondern mit einem Hang zum Pathos regelrecht mit ihnen abrechnet. So berechtigt diese Haltung auch zu sein scheint, dürfte sie im Ergebnis für eine notwendige Auseinandersetzung mit den Inhalten nicht gerade förderlich sein.

Wer von der gängigen Lehrmeinung aber ohnehin nie besonders überzeugt war und auf der Suche nach einer guten Krisenanalyse bzw. nach gut aufbereiteten Argumenten gegen den weiterhin neoliberal geprägten wirtschaftspolitischen *Mainstream* ist, dem sei dieses Buch wärmstens empfohlen. Leicht verständlich wird der Entwicklungsweg von der der „wirtschaftspolitischen Wende in den Siebzigern“ über den „linken Neoliberalismus“ unter Rot-Grün in Deutschland bis in die Krise skizziert. Überzeugend wird dargelegt, dass die Steuersenkungen für Spitzen-einkommensbezieherInnen und Unternehmen, ein strikter Sparkurs sowie Arbeitsmarktreformen und die Lohnzurückhaltung mit Blick auf das neoliberale Mantra der Wettbewerbsfähigkeit vor allem eines bewirkt haben, nämlich dass „die Früchte wirtschaftlicher Leistung immer einseitiger verteilt werden“.

Horn zeigt, dass diese Politik nicht nur zu einer ungleicheren Verteilung führte, sondern insgesamt negative makroökonomische Konsequenzen in Form einer schwachen Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung als Folge einer geschwächten Binnennachfrage nach sich zog. In fast keinem anderen Mitgliedstaat der EU war die wirtschaftliche Entwicklung so schwach wie in Deutschland vor der Krise. Gleichzeitig führte die schwache Binnennachfrage zu einer besonders

schwachen Importentwicklung, die in Kombination mit den überdurchschnittlich stark steigenden Exporten zu sehr beträchtlichen Leistungsbilanzüberschüssen führte. Die deutschen Importdefizite, die eine wesentliche Rolle beim Aufbau der internen Handelsungleichgewichte in der Eurozone spielten, sind damit eine direkte Konsequenz der zunehmenden ungleichen Verteilung.

Der Autor zeigt weiters, dass es einen inhärenten Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Finanzmarktentwicklung gibt. Wachsende Einkommen wollen veranlagt werden, weshalb Druck zu einer Deregulierung der Finanzmärkte besteht, die wiederum höhere Einkommen aus Finanzanlagen begünstigen – zumindest so lange Finanzkrisen ausbleiben. Eine Ungleichheitsspirale wird in Gang gesetzt, da wohlhabende Haushalte und gut verdienende Unternehmen besonders hohe Sparquoten aufweisen, die die Basis für Finanzanlagen und -spekulation bilden.

An dieser Stelle kommt ein Aspekt ins Spiel, der für Horn besonders relevant ist, nämlich das von Keynes entwickelte Konzept der fundamentalen Unsicherheit, das letztlich zu unkalkulierbaren Entwicklungen führt. „Märkte sind Chaos“ (S. 77), so die etwas überspitzte Schlussfolgerung des Autors. Im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang entsteht so das in mikrofundierten wirtschaftswissenschaftlichen *Mainstream*-Modellen zwangsläufig ausgeblendete „erhebliche Restrisiko“.

Die Finanzmärkte mit ihren auf Erwartungen zukünftiger Erträge basierenden Preisen sieht er als wesentlichen Transmissionsmechanismus, über den diese fundamentale Unsicherheit in das Wirtschaftssystem ge-

rät. Die mit der wachsenden Ungleichheit steigenden Vermögen der Wohlhabenden blähen die Finanzmärkte auf und führen indirekt daher zu einer höheren Krisenanfälligkeit. In letzter Konsequenz bewirkt steigende Ungleichheit damit eine unberechenbare Wirtschaft, die zu einem insgesamt geringeren volkswirtschaftlichen Wohlstands- und Beschäftigungsniveau führt.

Diese allgemeinen Ausführungen werden ergänzt durch eine Darstellung und Analyse der unmittelbaren wirtschaftspolitischen Reaktion nach Ausbruch der Krise. Horn legt dar, wie durch einen überraschend pragmatischen Rückgriff auf die in den Jahren zuvor verpönte aktive staatliche Wirtschaftspolitik ein Zusammenbruch des Finanzsystems sowie ein noch schärferer realwirtschaftlicher Einbruch verhindert wurden. Diese Politik hatte allerdings ihren Preis, der nun zu zahlen ist.

Der Autor fürchtet, dass die ArbeitnehmerInnen am Ende als die dreifachen Opfer der Krise hervorgehen: Erstens mussten sie mittels Lohnzurückhaltung die finanzmarktgetriebene Entwicklung vor der Krise aufrechterhalten, was sie zum „Opfer der jahrelangen Umverteilung“ (S. 128) machte. Zweitens mussten sie 2010 und 2011 weitere Anpassungskosten in Form ausbleibender Reallohnzuwächse und weiterhin hoher Arbeitslosigkeit tragen. Und drittens könnten sie beim Abbau der Defizite neuerlich belastet werden, sei es direkt über höhere Abgaben und Transferkürzungen oder indirekt über einen neuerlichen Abbau öffentlicher Leistungen.

Budgetpolitisch nahm Horn die Rückkehr der „neoliberalen Politik der Staatskepsis“ (S. 161) mittels der

„völligen Verdrehung von Ursache und Wirkung“ (S. 177) hinsichtlich der auf den Krisenschulden sitzenbleibenden Staaten bereits vorweg, noch bevor Euro-Plus-Pakt, Fiskalpakt und die Verschärfung der europäischen budget- und wirtschaftspolitischen Vorgaben beschlossen waren. Die sogenannte Schuldenbremse, die in Deutschland mitten in der Krise verfassungsrechtlich verankert wurde, sieht er als ersten Meilenstein auf diesem falschen Weg. Sie sei ein zu „enges Korsett, das die wirtschaftliche Aktivität des Staates im kommenden Jahrzehnt massiv beschränken dürfte“ (S. 165). Es ist bezeichnend, dass nun ganz Europa in dieses Korsett gesteckt werden soll.

Im dritten Teil des Buches umreißt Horn die Eckpfeiler einer notwendigen wirtschaftspolitischen Wende. Übergeordnetes handlungsleitendes Ziel der Wirtschaftspolitik müsse eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung sein. Wenig überraschend wird einer egalitäreren Verteilung eine Schlüsselrolle zugewiesen, die in Kombination mit einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte die Kräfte des Wirtschaftswachstums stärken und riskante Anlageformen bremsen soll. Als konkrete Maßnahmen schlägt Horn etwa eine stärkere Besteuerung von Vermögen und die Einführung eines verbindlichen Mindestlohns vor.

Um für zukünftige Krisen besser gerüstet zu sein, ist zudem das konjunkturpolitische Instrumentarium weiterzuentwickeln: An erster Stelle steht ein Ausbau der automatischen Stabilisatoren (Ausbau der Absicherung von Arbeitslosen bzw. Einführung einer konjunkturabhängigen Komponente; progressiveres Steuersystem), aber auch Konjunkturmaßnahmen im engeren

Sinn, wo die Erfahrungen aus der letzten Krise zu nutzen sind.

Gustav Horn hat mit „Des Reichtums fette Beute“ ein zweifelsohne lesenswertes Buch verfasst, das für wirtschaftspolitisch interessierte LeserInnen einiges zu bieten hat: Es ist als Einstiegsliteratur in die angewandte postkeynesianische Wirtschaftspolitik ebenso geeignet, wie um einen Überblick über die schwere Wirtschaftskrisen zu gewinnen, bei der die wachsende Ungleichheit eine wesentliche Rolle spielte. Eine elaborierte Analyse der Verteilungssituation oder ihre gesellschaftlichen Folgen in Deutschland, wie aus dem Titel eventuell vermuten lässt, darf nicht erwartet werden. Die wichtigste Funktion des Buches dürfte allerdings darin bestehen, schlüssige wirtschaftspolitische Alternativen zur derzeit vorherrschenden, scheinbar alternativen Spar- und Wettbewerbslogik zu liefern. Zusammen mit Markus Marterbauers Buch „Zahlen Bitte“ und Stefan Schulmeisters „Ein »New Deal« für Europa“ dürfte es diesbezüglich eines der besten derzeit verfügbaren Werke im deutschsprachigen Raum sein.

Neben dem bereits eingangs kritisierten Pathos sollen an dieser Stelle zwei weitere Mankos angeführt werden. Erstens ist lesetechnisch zu kritisieren, dass die Abbildungen nicht im Text selbst, sondern ohne Seitenangabe in der Mitte des Buches platziert wurden, was mühsames Blättern zwischen Text und Grafiken erfordert. Besonders wenn man auf Seite 37 erstmalig mit dem Halbsatz „wie Abbildung 1 zeigt“ konfrontiert wird, hätte man sich zumindest einen Hinweis gewünscht, wo diese Abbildung nun genau zu finden ist.

Gewichtiger ist jedoch das zweite

Manko der z. T. stark vereinfachenden Sichtweise auf politische Entscheidungsfindungsprozesse bzw. politische und staatliche Strukturen. An manchen Stellen scheint die eigene Rolle als wirtschaftspolitischer Berater von SpitzenpolitikerInnen den Blick auf Akteure bzw. gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verstellen bzw. eine Reflexion der Erkenntnisse anderer wissenschaftlicher Disziplinen wie insbesondere der Politikwissenschaft zu verhindern. Das kommt im Vorwort besonders klar zum Ausdruck, wenn Horn schreibt, dass dieses Buch „die Geschehnisse aus der Perspektive eines Beobachters [zeigt], der ... leider auch erleben musste, dass viele Lehren aus der Krise schnell wieder vergessen wurden“ (S. 8). Das Bild, es ginge um die Verfügbarkeit der objektiv richtigen wirtschaftspolitischen Erkenntnisse durch die richtigen SpitzenpolitikerInnen und -beraterInnen, dürfte gerade die Durchsetzungsmöglichkeiten der eigenen Vorschläge nicht gerade erhöhen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich Gustav Horn mit seinem Buch positiv vom *Mainstream* der deutschen Ökonomie abhebt. Gerade in einer Situation, in der das „Modell Deutschland“ als neues wirt-

schaftspolitisches Leitbild für die gesamte EU propagiert wird, liefert dieses Buch aus erster Hand wertvolle Hinweise auf dessen Schattenseiten sowie auf die Grundzüge einer alternativen Wirtschaftspolitik. Dadurch ist es auch noch ein Jahr nach seiner Veröffentlichung (in dem sich die wirtschaftlichen Ereignisse in Europa überschlugen, ein Krisengipfel den nächsten jagte und die wirtschaftspolitische Debatte in und über Europa präsent wie nie zuvor war, ohne zu einem nachhaltigen Ergebnis zu kommen) besonders lesenswert – nicht nur in Deutschland.

Georg Feigl

Anmerkung

¹ Z. B. Plickert (2011) 10.

Literatur

Marterbauer, Markus, Zahlen bitte! – Die Kosten der Krise tragen wir alle (Wien 2011).

Plickert, Philip, Agenda 1970 – Die Utopie des Gewerkschaftsökonomen Gustav Horn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 43 (2011) 10.

Schulmeister, Stephan, Mitten in der großen Krise – Ein »New Deal« für Europa (Wien 2010).

Im Angesicht des Unterganges

Rezension von: Fred Luks, *Endlich im Endlichen*, Metropolis, Marburg 2010, 273 Seiten, € 18.

Den Europäern scheint ein tief eingewurzelter Glaube an die Apokalypse eigen zu sein, ein solcher, der die Überzeugung einschließt, dass diese Katastrophe als Strafe für die begangenen Missetaten hereinbreche. Diese Einstellung findet sich bereits im frühen Christentum. Zunächst erwarteten seine Anhänger das Weltende um 1000 als Folge der Sündhaftigkeit des menschlichen Lebenswandels. Bekanntermaßen kam es nicht dazu, doch auch die folgenden Jahrhunderte waren beständig durch die Furcht vor der göttlichen Strafe erfüllt. Die Menschen nahmen exzessive Mühen auf sich, wie etwa die Kreuzzüge, um vollkommenen Ablass der Sünden zu erlangen. Aber auch Europa erlebte immer wieder Ausbrüche der Selbstbestrafung, wie dies etwa die Geißler demonstrierten.

Erst mit dem Aufkommen des Humanismus und der Renaissance löste sich Europa von der Gewissheit des Unterganges und dem Bewusstsein, diese durch eigene Sündhaftigkeit herbeizuführen. Mit der Aufklärung wandelte sich auch allmählich der zürnende Gott in ein wohlwollendes väterliches Wesen, wenngleich die ursprüngliche Einstellung noch lange ihren Niederschlag in der katholischen Liturgie fand.

Apokalypse I

Die sehr realen Katastrophen der beiden Weltkriege und der Weltwirt-

schaftskrise ließen wenig Raum für imaginierte. Doch nach zwei Jahrzehnten des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswunders war die neue Wohlstandsgesellschaft wieder reif für einen neuen Untergang. Ausgelöst wurde sie durch das im Rahmen des „Club of Rome“ 1972 erschienene Buch Dennis Meadows' „Die Grenzen des Wachstums“. Dessen Inhalt besagte, dass bei fortgesetzter wirtschaftlicher Expansion das soziale und ökonomische System der Welt um die Jahrtausendwende zusammenbrechen und die Menschheit in einen Strudel von Katastrophen gerissen werde.

Diese Aussage rief in Kreisen des höheren Bürgertums einen Sturm der Begeisterung hervor. Nicht nur wurde damals überall das Erfordernis des „Umdenkens“ erkannt, sondern auch die unabweisbare Notwendigkeit, sofort das Wirtschaftswachstum zu beenden. Ein Universitätsprofessor eilte sogar zum Flugplatz, um dem ankommenden Bundeskanzler Kreisky das Erfordernis sofortigen Handelns vor Augen zu führen. Dessen politischer Instinkt ließ ihn zwar von entsprechenden Initiativen absehen, immerhin zeigte er sich derart beeindruckt, dass er sich die Bestimmung der österreichischen Vertreter am Club of Rome vorbehielt.

Die Studie Meadows' – und davor eine ähnliche von Forrester (1971) – untersuchte mit einem mathematischen Modell die Auswirkungen mehrerer Variablen aufeinander. Zum Unterschied von solchen in der Ökonomie üblichen wurden diese Zusammenhänge keinem statistischen Test unterworfen, sondern willkürlich ausgewählt. So unterstellte der Autor etwa, dass die Bevölkerung als Folge des Wachstums der Wirtschaft und damit der Einkom-

men dramatisch zunehmen. Deren Anstieg führe zu einer wachsenden Nahrungsmittelnachfrage. Da durch die zunehmende Bevölkerungszahl immer mehr Boden verbaut werde, verringere sich die Anbaufläche und könne nur mehr durch den massiven Einsatz von chemischen Düngemitteln kompensiert werden, was allmählich den Boden vergifte. Da man immer mehr Kapital im Agrarsektor verbrauche, fehle dieses in der Industrie, welche ihrerseits durch stets knapper und damit teurer werdenden Rohstoffe und Energie belastet werde und schließlich auch ihre Abfälle nicht mehr beseitigen könne. Und diese Entwicklung werde um 2000 zum relativ plötzlichen Zusammenbruch des Systems führen, weil die Industrieproduktion aus den genannten Gründen verfallende und die Bevölkerung nicht mehr ausreichend ernährt werden könne. Alle diese Faktoren sowie die Umweltverschmutzung würden letztlich zu einer Verelendung der Menschen und damit auch zu einem dramatischen Rückgang der Geburtenraten führen.

Nun stellten die Ökonomen relativ rasch fest, dass diese Modelle Unsinn produzierten; so sei der Zusammenhang zwischen Einkommens- und Bevölkerungswachstum unter den gegebenen Umständen genau umgekehrt, nämlich negativ; die Rohstoffreserven eine relative, vom Preis abhängige Variable; die Agrarproduktion wachse beständig, ohne dass der Boden vergiftet werde; sie vernachlässigten die Effekte des technischen Fortschritts sowie auch der Substitutionsbeziehungen.¹ Die ökonomischen Fakten änderten freilich wenig an der Wirkung dieser Prophezeiungen auf die Gesellschaft, oder zumindest auf bestimmte Schichten. Grüne Parteien etablierten sich

und entfalteten in ihren Anfängen einen intensiven Aktionismus.

Dennoch schwand allmählich die Furcht vor dem angekündigten Weltuntergang, freilich nur, um von einer neuen Katastrophennachricht abgelöst zu werden: dem Waldsterben! Die ausgestoßenen Abgase mussten über kurz oder lang durch Übersäuerung des Waldbodens den Forst vernichten; ein Professor der damaligen Hochschule für Bodenkultur beantwortete die Frage, welcher Teil des Waldes schon gefährdet sei, mit den berühmten Worten: „Alle Bäume sind latent geschädigt“. Konsequente Forstwirte besprühten daher ihren Wald mit Kalk.

Unangenehmerweise wurde gerade um diese Zeit in Österreich eine Waldbestandsstatistik eingeführt, welche an den Tag brachte, dass manche Baumarten stagnierten, manche kräftig zunahmen, aber insgesamt von einem Rückgang des Baumbestandes keine Rede sein konnte. Und seither wächst und wächst der Wald trotz stets steigenden Autoverkehrs, sodass man schon Maßnahmen ergreifen muss, um dessen Überhandnehmen zu verhindern.

Apokalypse II

Mit solchen Hindernissen hatte die nächste apokalyptische Bewegung, die globale Erwärmung, nicht zu kämpfen, denn die Temperatur in unseren Breiten nahm tatsächlich seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu. Nun schwankte sie zwar über Jahrtausende hin ständig. Doch stellten Klimatologen fest, dass dieses Mal die Veränderung durch menschliche Aktivitäten herbeigeführt werde. Und zwar durch den Ausstoß von CO₂, der die Ozondecke zerstöre, welche die Sonneneinstrahlung

lung dämpfe. Und wieder waren die Menschen, vor allem in den Industriestaaten, durch ihren rücksichtslosen Lebensstil, wie er sich vor allem im Gebrauch des Autos niederschlägt, an dieser Entwicklung schuld. Da jedoch ein weiterer Temperaturanstieg zu katastrophalen Folgen führe, kam man zu dem Schluss, dass energische Maßnahmen zu ergreifen wären, um einen solchen zu verhindern oder zumindest auf 2 Grad Celsius zu beschränken.

Die UNO schuf eine Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern, welche die einschlägigen Probleme mit Modellen untersuchten sowie entsprechende Prognosen erstellten, und organisierte Kongresse, welche Instrumente entwickelten, um das Ärgste zu verhindern. Im Kyoto Protokoll verpflichteten sich die Unterzeichner, ihren Schadstoffausstoß zu senken. Insbesondere die EU sowie weitsichtige Politiker, wie Angela Merkel, engagierten sich für eine Fortführung des Protokolls, freilich mit mäßigem Erfolg. Immerhin gelang es, die energieintensiven Industrien der EU gegenüber ihren Konkurrenten in anderen Kontinenten insofern zu benachteiligen, als sie Emissionszertifikate erwerben müssen.

Es kann und soll hier nicht über die Relevanz der Klimamodelle diskutiert werden. Gewiss fällt auf, dass nahezu wöchentlich irgendwo ein Artikel erscheint, in welchem ein Teilaspekt davon in Frage gestellt wird. Freilich immer mit der Schlussfolgerung, dass sich an der Hauptaussage dadurch nichts ändere. Und wenn die Menschen im letzten Winter auch erfroren und England die kälteste Periode seit 100 Jahren erlebte, versichern die einschlägigen Fachleute, am globalen Temperaturanstieg ändere sich nichts, im Gegenteil 2010 sei eines der hei-

ßesten Jahre gewesen, weil es in der Antarktis eine außerordentliche Erwärmung gegeben habe.

Wohl aber wären die Folgen des Klimawandels zu diskutieren und die dadurch entstehenden Herausforderungen. Denn es leuchtet einem Österreicher nicht ohne Weiteres ein, was daran so furchtbar sein sollte, wenn man längere Zeit in den Gasthausgärten sitzen oder im Sommer vielleicht öfter die Salzkammergutseen frequentieren könnte.

Ganz verschämt geben auch die Klimatologen zu, dass die globale Erwärmung auch positive Folgen zeitigen könnte, so etwa die Verwandlung Sibiriens in eine Kornkammer, aber im Vordergrund stehen die katastrophalen negativen Konsequenzen. Und diese lassen sich nach den diversen Aussendungen dahin zusammenfassen, dass die steigende Temperatur zur Austrocknung großer Regionen in Afrika führe und damit die dortige Landwirtschaft vernichte. Weiters steige der Meeresspiegel, wodurch manche Inseln und Küstenregionen überschwemmt werden würden, Es gehe also um das „Überleben“.

Rätselhaft scheint die Dramatik des steigenden Meeresspiegels. Damit war die Menschheit schließlich seit Jahrhunderten konfrontiert. Holland, dessen Staatsgebiet in weiten Teilen unter dieser Marke liegt, repräsentierte im 17. Jahrhundert das reichste Land Europas – und wahrscheinlich der Welt. Der Kampf gegen die Sturmfluten an der norddeutschen Küste fand ihren notorischen Niederschlag in der Literatur.

Gravierender schiene die Trockenheit in Afrika. Doch hier erschlosse sich ein weites Feld für den perhorreszierten technischen Fortschritt. Bekannt-

lich besteht schon heute ein Projekt für die Energiegewinnung in der nordafrikanischen Wüste zur Versorgung des europäischen Marktes. Ähnliches wäre auch weiter südlich realisierbar und damit auch die Möglichkeit der Entsalzung von Meerwasser im großen Stil. Schließlich übertrifft schon heute der Pro-Kopf-Wasserverbrauch Abu Dhabis jenen Deutschlands.

Doch das wären nur einige Hinweise auf die Möglichkeiten, den behaupteten Gefahren zu begegnen. Wesentlich scheint es, sich über die Dimension des Problems klar zu werden – geht es doch, so hört man stets, ums „Überleben“! Man halte sich dazu die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg vor Augen. Dieser verursachte in Europa die wohl furchtbarsten Zerstörungen und Mangelerscheinungen, welche diesen Kontinent je getroffen hatten. Das BIP sank vielfach auf die Hälfte des Vorkriegsniveaus und darunter. Dieser entsetzliche Rückschlag war nach knapp 4 Jahren überwunden, der Friedensstandard erreicht. Und da sollen Veränderungen, welche kurz bis mittelfristig marginaler Natur sein würden, von einer voll entwickelten und arbeitsfähigen kapitalistischen Wirtschaft nicht bewältigt werden können – absurd!

Neuerliches „Umdenken“

Allerdings scheint in jüngerer Zeit eine zweite Schiene befahren zu werden, die zwar parallel zur ersten, des „Überlebens“, verläuft, aber doch eigenständige – auch stark religiöse – Komponenten enthält. Es geht um die Moral, darum, die bisher dominierenden Verhaltensweisen der zügellosen Einkommensmaximierung, der „Gier“, aufzugeben, „umzudenken“ und sich

den wahren Werten des Lebens zuzuwenden.

Dieser Ansatz findet zunehmend Verbreitung und diesem ist auch die Arbeit von Fred Luks, „Endlich im Endlichen. Oder: Warum die Rettung der Welt Ironie und Großzügigkeit erfordert“ zuzurechnen. Verblüffung verursacht zunächst der Untertitel, weil man schwer erkennt, wie der Weltuntergang durch Ironie und Großzügigkeit abgewendet werden sollte. Lässt sich auch nicht erkennen, denn von anfänglichen Wortgirlanden abgesehen bleibt von diesem Bemühen in der Folge nichts übrig. Aber der Stil wird beibehalten. Da plätschern die Worte spielerisch und selbstverliebt dahin. Zitiert werden nicht nur die zahlreichen Gesinnungsgenossen, sondern Gott und die Welt, von Marx bis Freud, von Karl Kraus bis Thomas Bernhard. Gedanken werden auf- und übernommen, verlieren sich in Nebengassen, kehren zurück – oder auch nicht.

Da folgen philosophische Einsichten, wie etwa, dass Wachstum niemals etwas am ökonomischen Begriff der Knappheit ändern könne. Aber dass die Industriegesellschaft erst überhaupt die ständige Gier nach mehr geschaffen habe und dass es gelte, andere Ziele zu setzen. Völlig verfehlt wäre es, Nachhaltigkeit durch Effizienz erreichen zu wollen, weil damit nur die Problematik verschoben, nicht gelöst werde. In diesem Sinne sei auch jegliche Innovation zu sehen; jede „techniko-optimistische“ Strategie führe in die Irre. Es gelte eben „die Richtung des Denkens zu wechseln“. Es sei weniger „Aktivismus“, mehr Gewähren lassen, „Exnovation“ anzustreben. Es gelte die Dinge zu „entschleunigen“; es dürfe demnach auch keine „Weltrettungshektik“ geben. Wir erfahren auch, dass

wachsender Konsum nicht glücklich mache, aber dass ein zufriedenstellendes Leben nicht durch erfüllte Wünsche zustande käme, sondern dass solche noch offen blieben – hier übersieht der Autor den dadurch entstehenden Wachstumsantrieb!

Aber letztlich entschließt sich Luks, eine „Anti-Ökonomie“ zu konzipieren. Stil und Gedankenführung dieses Bemühens sei an einem exemplarischen Untertitel demonstriert:

„Gibt's Geschenke? Grenzen glaubwürdiger globaler Großzügigkeit. Generelle Gedanken, gleichsam gleichgültig gegenüber Gegenpositionen, gemeinplatzartig genießbar. Glasklar: Geiz gehört geächtet.“

Zentrum der „Anti-Ökonomik“ scheint die Verschwendung zu sein. In vorkapitalistischen Zeiten habe *conspicuous consumption* dafür gesorgt, dass alle Überschüsse verbraucht worden seien. Erst das kapitalistische Sparen habe die Investition erzwungen und damit den ganzen Teufelskreis in Gang gesetzt. Und heute gelte es offenbar, diesen Prozess durch Verschwendung wieder rückgängig machen – ein für Finanzminister anregender Gedankengang!

Konkrete Vorschläge kann und will der Autor nicht präsentieren: „Ein konkretes Konzept zur Rettung der Welt werden sie auch im letzten Kapitel nicht finden.“

In diesem wird die ganze Angelegenheit noch einmal mit anderen Worten abgehandelt. Wer also die Entwicklung einer konsistenten und folgerichtigen Hypothese zur Frage des Wachstums oder Nichtwachstums erwartet hat, wird in diesem Buch nicht fündig werden. Man kann allerdings dem Verlag nicht vorwerfen, er habe den Leser nicht gewarnt, denn er druckte auf den

Umschlag ein völlig verwirrtes Wollknäuel.

Wachsen oder Nichtwachsen – das ist hier die Frage!

Lässt man die Frage des Wachstums in einer endlichen Welt beiseite – dies wurde schon grenzenlos breitgetreten und gewinnt nur durch Nichtbeachtung von Substitution und Technischen Fortschritt an Gewicht –, dann wäre jene nach der Wünschbarkeit einer weiteren Zunahme des durchschnittlichen Einkommens zu stellen, wie dies neuerdings eine Fülle von Autoren tut. Diese sind, wie auch Luks, überzeugt, dass eine weitere ökonomische Expansion überflüssig, schädlich und moralisch verwerflich wäre. Um eine solche verhängnisvolle Entwicklung umzukehren, bedarf es allerdings ungeheurer Anstrengungen. Es gilt das tiefverwurzelte kapitalistische Verhalten der Menschen, das ständige Streben nach mehr zu verändern – wieder einmal „umzudenken“.

Nun scheint der Drang nach Einkommenssteigerung im Menschen viel tiefer und länger verankert zu sein, als diese Autoren annehmen. Wohl mochte sich eine an der Subsistenzgrenze lebende Agrarbevölkerung, mangels weniger Möglichkeiten dazu, wenig Gedanken darüber machen. Die damaligen Oberschichten allerdings sehr wohl, wovon die permanenten kriegerischen Auseinandersetzungen Zeugnis ablegen. Aber sobald die engen ökonomischen Schranken überwunden worden waren, mit dem Entstehen des städtischen Individualismus, weiteten sich diese Antriebe aus. Es gibt Autoren, welche sie sogar biologischen Ursachen zuschreiben.²

Natürlich bleibt es den Wachstums-

gegnern unbenommen, den Menschen das „Umdenken“ nahezubringen – wie das schon Mitte der Siebzigerjahre versucht wurde. Den Erfolg solcher Bemühungen darf man allerdings skeptisch beurteilen. Denn damals wie heute lässt sich kaum eine Veränderung feststellen. Im Gegenteil, die Finanzmärkte erlebten ja in jüngerer Zeit Exzesse des Strebens nach Einkommensmaximierung, und von einer Gewerkschaft, die keine Lohnforderungen stellt, hat man noch nie gehört. Im Weltmaßstab sind ganze Kontinente aufgebrochen, um den kapitalistischen Lebensstil zu übernehmen. Man kann also den Exponenten der neuen Enthaltbarkeit nur viel Glück wünschen.

Aber gewiss, im Laufe von Jahrhunderten kann sich manches ändern. Doch da ist noch etwas anderes. Vielfach hat man in dieser Diskussion den Eindruck, die Vertreter des „Umdenkens“ vermeinten, man betätige einfach einen Hebel, dann höre das Wirtschaftswachstum auf, und alles bleibe, wie es ist. Nun lässt sich sicherlich die Marktwirtschaft, vor allem kurzfristig, bis zu einem gewissen Grade beeinflussen. Gerade heute erleben wir ja die kontraktiven Effekte der restriktiven Politik in vielen europäischen Staaten, welche ihre Budgets sanieren müssen. Freilich geht man davon aus, dass nach einer solchen Schrumpfungsphase die jeweilige Wirtschaft wieder Tritt fassen und wachsen werde. Dies entspräche der üblichen zyklischen Bewegung von Volkswirtschaften. Keynes konnte sich freilich auch eine über eine längere Periode unausgelastete Wirtschaft vorstellen.

Ob die Politik die langfristige Entwicklung – wesentlich – beeinflussen kann, ist allerdings sehr die Frage. Dagegen spricht die Erfahrung mit den

Wachstumsperioden, wie etwa mit dem „Wirtschaftswunder“ in Europa, der Wachstumsexplosion in Japan und den Tigerstaaten sowie der gegenwärtigen Performance Chinas. Alle Versuche der Wirtschaftspolitik, nach Abklingen dieser Phasen wieder solche Zuwachsraten zu erreichen, erwiesen sich als erfolglos. (Angesichts der schleppenden ökonomischen Expansion in den USA und Europa könnte man sich überhaupt fragen, ob die Wachstumsbremser keine anderen Sorgen haben.)

Daraus lässt sich erkennen, dass der Versuch, die Volkswirtschaft auf einem konstanten Produktions- und Leistungsniveau festzuhalten, ein äußerst heikles Problem darstellt, weil eine ständige Restriktionspolitik rasch in einer Abwärtsspirale mit schrumpfendem Volkseinkommen und steigender Arbeitslosigkeit enden würde. Damit träten alle jene Effekte ein, die man schon in kurzer Frist etwa in Griechenland beobachten konnte.

Diese Problematik war natürlich Ökonomen schon früh bewusst. 1934 erklärte Werner Sombart in seinem Buch „Deutscher Sozialismus“ – der Hinweis darauf ist sicherlich eine interessante *Trouvaille* in Luks' Studie –: „Dass unser Verzehr nach Menge und Art eine gründliche Umgestaltung erfahren, dass vor allem viel Zivilisations-schutt weggeräumt werden muß, steht für uns außer Zweifel“ ... und ... „Auf ‚Fortschritte‘, wie sie das ökonomische Zeitalter kennzeichnen und dem Wesen des Kapitalismus entsprechen, der von einer ständigen Revolutionierung des Produktions- und Absatzprozesses sein Dasein fristet, verzichten wir“ (zitiert nach Luks, S. 33). Eine merkwürdige Entwicklung des berühmten Analytikers der kapitalistischen Ent-

wicklung, der in seinen späten Jahren nicht nur Sympathien für den Nationalsozialismus entdeckte, sondern offenbar zum frühen Vorläufer der Überwinder des Wachstums geworden war.

Freilich war er sich der Schwierigkeiten bewusst, in einer Marktwirtschaft das BIP konstant zu halten. Daher sei staatlicher Zwang notwendig, denn „Beispiel und Beratung werden wohl niemals genügen, um die niedrigen Instinkte der Masse zu bändigen: diese wird letzten Endes zum Guten gezwungen werden müssen“ (w. o., S. 34).

Allerdings hat Sombart noch eines übersehen. Lässt man jetzt nämlich all die glücklichen Erfahrungen beiseite, welche die Menschheit im 21. Jahrhundert mit Planwirtschaften erworben hat, dann begegnet man einem weiteren Problem. Der Kapitalismus produziert einen endogenen technischen Fortschritt, welchen das System automatisch produziert – Landes spricht von Routine – und welcher nur entfernt mit den Veränderungen der Investitionsquote zusammenhängt. Wollte man diesen verhindern, müsste man die Investitionsquote, einschließlich der Ausgaben für Universitäten, drastisch reduzieren. Das jedoch würde wieder einen Kontraktionsprozess in Gang setzen. Geschieht das nicht, dann wächst die Produktion *cet. par.* automatisch. Tun das die Einkommen und damit die Nachfrage nicht auch, dann wird abermals ein Schrumpfungsprozess der Wirtschaft in Gang gesetzt, weil die Unternehmer ihre gestiegene Produktion nicht absetzen können.

An dieser Stelle pflegt man dann das Argument zu hören, man könne ja die Arbeitszeit verkürzen, anstatt die Einkommen zu erhöhen. Bisher erfolgte dieser Akt stets mit Lohnausgleich, erweise sich also in dieser Form als un-

geeignet. Verzichtet man darauf, dann stagniert zwar das Einkommen, nicht jedoch die Produktion, solange die Unternehmer genügend Arbeitskräfte finden, um den Ausfall der Arbeitszeit zu kompensieren. Wäre das letztlich nicht der Fall, dann käme es tatsächlich zu einer Schrumpfung des BIP, mit den schon beschriebenen Folgen. Im Übrigen ergeben Umfragen, dass die Arbeitnehmer Einkommenssteigerungen weiteren Arbeitszeitverkürzungen vorziehen.

Damit seien nur einige Hinweise darauf vermittelt, dass die Idee vom „Ende des Wachstums“, also einer stationären Wirtschaft, ziemlich weit von der Realität entfernt ist und sich dieses Bestreben angesichts von durchschnittlichen Wachstumsraten in Europa zwischen ein und zwei Prozent überhaupt eher komisch ausnimmt.

Angesichts dieser Umstände sollten sich gerade die Arbeitnehmervertretungen von derartigen intellektuellen Moden, die, wie dargelegt, periodisch auftreten, in ihrem Vorgehen nicht irritieren lassen. Gerade der ÖGB hat stets eine sehr verantwortungsbewusste Lohnpolitik betrieben, welche immer die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse vor Augen hatte und auf diese Weise dazu beitrug, dass Österreich nach 1945 von einem der ärmsten zu einem der reichsten europäischen Industriestaaten wurde. Er hat auch nicht gezögert, die Arbeitsbelastung der Unselbständigen durch Verkürzung der täglichen Arbeitszeit sowie Ausweitung des Urlaubsanspruches sinnvoll zu reduzieren.

Auch scheint es eher abwegig, in einer Zeit, da einerseits die Budgets dringend saniert werden sollen, auf der anderen Seite ständig neue Anforderungen an diese herangetragen werden,

welche von der sozialen Sicherheit bis zu den Schulen und Universitäten oder der Altenpflege reichen, das Ende des Wirtschaftswachstums zu propagieren. Daher sollten die Arbeitnehmervertretungen weiterhin alle Bemühungen unterstützen, welche Wachstum vorantreiben, aber auch die dadurch entstandenen Möglichkeiten zur Einkommenssteigerungen der Arbeitnehmer ausschöpfen.

Felix Butschek

Anmerkungen

- ¹ Siehe etwa Beckerman (1972); Frey (1972); Futures (1973), Butschek (1975).
- ² Robson (2001) 11.

Literatur

- Butschek, F., Die Abschaffung der Wirtschaft oder der Aufstand des Irrationalismus (Wien 1975).
- Beckerman, W., Economists, Scientists and Environmental Catastrophe, in: Oxford Economic Papers 3 (1972).
- Beckerman, W., In Defence of Economic Growth (London 1974).
- Forrester, J. W., World Dynamics (Cambridge, Mass., 1971).
- Futures 3 (1973).
- Frey, B. S., Umweltökonomie (Göttingen 1972).
- Landes, D. S., The Wealth and Poverty of Nations (N.Y. – London 1999).
- Meadows, D. L., Die Grenzen des Wachstums (Stuttgart 1972).
- Robson, A. J., The Biological Basis of Economic Behaviour, in: Journal of Economic Literature 39 (2001).